


<http://www.laender-analysen.de/russland/>
RUSSLAND-KRISE UND ENERGIEFRAGE
»NACHHALTIGKEIT« – KLIMASCHUTZ UND WIRTSCHAFT

■ ANALYSE	
Schreckgespenst Gaskrieg	
Warum weder Russland der EU noch die EU Russland den Gashahn abdrehen will und sollte	2
Roland Götz, Wiltingen	
■ STATISTIK	
Rahmendaten der russischen Wirtschaft	
Aktienkurse, Ölpreise, Währungsentwicklung und BIP im Vergleich	7
World Development Indicators der Weltbank: Größe der Wirtschaft	9
■ UMFRAGE	
Russland und das internationale Umfeld in Umfragen	10
■ AUS RUSSISCHEN BLOGS	
Putins Sternstunde	16
■ UMFRAGE	
Putins Popularitätswerte	17
■ NOTIZEN AUS MOSKAU	
Nach dem Krim-Anschluss	18
Jens Siegert, Moskau	
■ ANALYSE	
»Grüne Wirtschaft« in Russland – Probleme und Perspektiven	20
Sergei Bobylev, Renat Perelet, Moskau	
■ ANALYSE	
Klimawandel und Wirtschaftswachstum in Russland	23
Georgij Safonow, Moskau	
■ DOKUMENTATION	
Über den Umweltschutz in Russland	26
■ CHRONIK	
13. – 27. März 2014	30

Schreckgespenst Gaskrieg

Warum weder Russland der EU noch die EU Russland den Gashahn abdrehen will und sollte

Roland Götz, Wiltingen

Zusammenfassung

Ein Ausfall der Gaslieferungen aus Russland könnte in Europa für einige Wochen ausgestanden werden. Bei längerer Dauer hätte er allerdings erhebliche negative Folgen für die europäischen Volkswirtschaften, würde andererseits aber auch Russlands Wirtschaft schwere Schäden zufügen. Eine wirksame Sanktion wäre ein vom Westen gegenüber Russland verhängtes Gasimportembargo nicht, denn es ist weniger die Gasindustrie als die Ölindustrie, welche Putins Macht begründet. Unterbrechungen des Gastransits über die Ukraine können vermieden werden, wenn dem Land bei der Bezahlung seiner offenen Gasrechnungen geholfen wird.

Gegenwärtig wird in fast jeder Debatte um die Beziehungen zwischen der Ukraine, Russland und der Europäischen Union die Gefahr eines »Gaskrieges« zwischen Russland und der EU beschworen. Einerseits wird befürchtet, Russland könne Europa – als Reaktion auf Wirtschaftssanktionen – »den Gashahn abdrehen«. Andererseits wird spekuliert, ob der Westen nicht seinerseits ein Gasembargo gegenüber Russland verhängen sollte. Darüber hinaus wird gefordert, dass Europa sich von Russlands Erdgaslieferungen grundsätzlich unabhängig machen müsse, um politischem und wirtschaftlichem Druck des Kreml besser widerstehen zu können. Lobbyisten für erneuerbare Energien, Befürworter der Gasförderung durch Fracking und Sympathisanten der Kohle rechnen sich verbesserte Chancen aus. Sicherheitspolitiker hegen Hoffnungen auf die Möglichkeit einer weiteren regionalen Diversifizierung der Gasimporte. Wirtschaftsvertreter verweisen darauf, dass die UdSSR während des Kalten Kriegs die Gas- und Öllieferungen an den Gegner nie unterbrochen hat. Doch historische Analogien helfen heute ebenso wenig wie Mutmaßungen über die Pläne Putins und seiner Entourage. Vielmehr ist zu klären, welche Wirkungen eine Blockade des Gashandels für beide Seiten hätte. Das erlaubt den Handlungsspielraum rational handelnder Akteure auszumessen und die Schäden irrationalen Handels zu bewerten.

Blockade des Gashandels

Da die Ferngasleitungen sowohl in Russland und den anderen ehemaligen Sowjetrepubliken als auch in der EU untereinander vernetzt sind und freie Kapazitäten aufweisen, können Gaslieferungen umgeleitet werden, weswegen für beide Seiten die Absperrung nur einer der Pipelines wenig effektiv wäre. Langfristig könnte zusätzliches Öl aus dem Nahen Osten, Afrika und Südamerika bezogen werden, was aber nur einen Teil des Ausfalls der Lieferungen aus Russland ausgleichen würde. Als spürbares politisches Druckmittel kommt für beide

Seiten daher nur eine umfassende Blockade des Gashandels in Frage.

Sollte eine der beiden Seiten die Gaslieferungen aus Russland in die EU *vollständig* unterbrechen wollen, ginge es um drei große Pipelinesysteme: Erstens die Nord Stream Unterwasserpipeline nach Deutschland, zweitens die Jamal-Europa Pipeline durch Belarus und Polen nach Deutschland sowie drittens das durch die Ukraine in die EU sowie über Bulgarien und Rumänien in die Türkei führende Pipelinesystem. Daneben wären aus Russland oder aus Russland über Belarus ins Baltikum führende Leitungen sowie die von Russland nach Finnland führende Gasleitung betroffen. Auch die über Litauen erfolgende Versorgung des russischen Gebiets Kaliningrad wäre unterbrochen. In Betrieb bliebe die Blue Stream Unterwasserpipeline durch das Schwarze Meer in die Türkei. Das geplante vierte große Pipelinesystem, die von Südrussland durch das Schwarze Meer über den Balkan bis Österreich und Italien führende South Stream Pipeline mit einer Endkapazität von 63 Mrd. m³ soll 2014 begonnen werden und bis Ende 2015 fertiggestellt sein. Dieses System wäre unter Umständen ebenfalls von einem Gasembargo betroffen.

Gegenwärtig liefert Russland Gas im Umfang von monatlich 12,5 Mrd. m³ (im Jahr rund 150 Mrd. m³) nach Europa, wovon monatlich knapp 11 Mrd. m³ (im Jahr rund 130 Mrd. m³) für die EU direkt bestimmt sind (Stand 2013). Die restlichen Mengen (im Jahr 20 Mrd. m³) werden aus EU-Ländern in die Türkei, die Schweiz, nach Kaliningrad und Serbien weiter geleitet (IEA: <<http://www.iea.org/gtf/index.asp>>). Im Vergleich hierzu lag der Gasverbrauch der EU im Jahr 2013 bei rund 540 Mrd. m³ bzw. im Monatsdurchschnitt bei 45 Mrd. m³ (Angaben der CIEP, <http://www.clingendaelenergy.com/media/fact_sheets>). Flüssiggastransporte aus russischen Häfen spielen derzeit für Europas Gasversorgung noch keine Rolle. Flüssiggas wird in erster Linie in Richtung Asien, vor allem nach Japan und China, transportiert.

Folgen für die EU-Länder

Ein vollständiger Ausfall der Gasimporte der EU-Länder aus Russland könnte aus den in der EU vorhandenen Gasspeichern, die nach Angaben der »Gas Infrastructure Europe« (GIE) Mitte März 2014 mit 36 Mrd. m³ gefüllt waren (<http://transparency.gie.eu/>), je nach Witterung für zwei bis drei Monate überbrückt werden. Zur Jahresmitte müssten die Gasspeicher aber wieder aufgefüllt werden, um den im folgenden Winter höheren Verbrauch zu decken. Es ließen sich die Gasimporte aus Norwegen, Afrika und dem Nahen Osten in die EU ausweiten, allerdings wegen geringer freier Liefer- und Transportkapazitäten nur in kleinem Umfang. Bei der Verteilung des Erdgases innerhalb Europas helfen die seit der ukrainisch-russischen Gaskrise 2009 installierten Verbindungsleitungen (Interkonnektoren) zwischen den EU-Staaten. Mittelosteuropäische Staaten wie Polen, die Slowakei, Tschechien und Ungarn, die von Russlands Gas fast vollständig abhängig sind, können durch Umkehr der Fließrichtung in den durch sie führenden, aus Russland kommenden Gasexportleitungen versorgt werden. Ein sich über viele Monate erstreckender Lieferausfall würde in der Industrie zu spürbaren Produktionseinschränkungen und bei gasbeheizten Wohnungen zu Schwierigkeiten führen. Folge in Europa wäre die Wiederinbetriebnahme von stillgelegten Wärmekraftwerken, was jedoch mit erheblichen Kosten verbunden wäre.

Wenn die EU umgekehrt im Rahmen von Sanktionen ein Embargo für Gasimporte aus Russland verhängen würde, wären die europäischen Importeure wegen der über Jahrzehnte laufenden Lieferverträge dennoch zur Zahlung für die vereinbarten Liefermengen verpflichtet (take or pay-Klausel). Nehmen sie davon Abstand, kann sie Gazprom vor internationalen Schiedsgerichten auf Zahlung verklagen. Auf Entschädigungen durch die EU können die betroffenen Unternehmen nicht hoffen, da nach der Auffassung der EU-Kommission und der Rechtsprechung ein Handelsembargo zu den geschäftlichen Risiken gehört, welche Unternehmen einkalkulieren müssen.

Rückwirkungen auf Russland

Russlands amtliche Statistik publiziert keine Angaben über den Wert der Gasausfuhren in die EU. Es lässt sich jedoch abschätzen, dass diese 2013 mit rund 40 Mrd. US-\$ rund 8 % der Einnahmen Russlands aus Warenexporten ausmachten. Aus dieser gering erscheinenden Ziffer folgt keine Unverwundbarkeit der russischen Seite, denn für Russlands Gazprom, dem einzigen zum Export von Erdgas berechtigten Gasproduzenten Russlands, wäre ein Ausfall seiner Lieferungen in die EU ein schweres Desaster. Das größte Unternehmen

Russlands müsste nicht nur seine Produktion (2013: 487 Mrd. m³) um ein Viertel herunterfahren, sondern wegen der gesunkenen Absatzaussichten auch viele Förderanlagen stilllegen, seine großen Investitionsprojekte auf der Halbinsel Jamal kürzen sowie die Verlegung der South Stream Pipeline durch das Schwarze Meer bis auf Weiteres einstellen. Davon wären vor allem auch Zulieferfirmen sowohl in Russland als auch im Ausland betroffen.

Gravierende Folgen hätte der Imageschaden für Gazprom, wenn ihm der Lieferboykott von der russischen Regierung auferlegt würde. Gazprom würde seinen Ruf als verlässlicher Lieferant, den es von der sowjetischen Gasindustrie übernommen und seither bewahrt hat (denn die »Gaskriege« 2006 und 2009 mit der Ukraine waren keine Aktionen gegenüber Gazproms europäischen Kunden) aufs Spiel setzen. Gazprom müsste auf dem europäischen Markt sehr wahrscheinlich Marktanteile aufgeben, die durch Lieferungen an den wenig profitablen Binnenmarkt in Russland und an China kompensiert werden müssten. Hierbei ist anzumerken, dass die Verhandlungsposition von Gazprom in einem chinesischen bilateralen Monopol ungleich schlechter ist, als gegenüber einer Vielzahl europäischer Abnehmerfirmen. Die durch Gazprom getätigten viele Milliarden teuren Investitionen in Pipelines, Kompressorstationen, Gasspeicher und Förderanlagen von der Jamal-Halbinsel bis nach Westrussland wären zumindest temporär weitgehend entwertet. Nur langfristig könnte es die Absatzverluste im Westen durch vermehrte Lieferungen Richtung Osten (über Pipelines nach China, per Flüssiggastanker nach Südkorea und Japan) ausgleichen.

Vom Gaskrieg zum Ölkrieg

Ein »Gaskrieg« kann zumindest für einige Wochen von beiden Seiten ausgehalten werden. Gazprom hätte Milliardenverluste zu verbuchen. Da aber von einer staatlichen Unterstützung ausgegangen werden kann, bedeutete dies keine unmittelbare Insolvenz des Unternehmens. Mit einem raschen politischen Durchbruch kann also mit Hilfe eines Gaskrieges nicht gerechnet werden. Allerdings wäre eine Ausweitung von Sanktionen oder Embargos auf den Ölsektor zu rechnen. Mit einem Ölembargo zum Beispiel würde die EU Russland weit stärker treffen als mit einem Gasembargo, denn 44 % der Einnahmen des föderalen Staatsbudgets stammen aus der Besteuerung der Ölförderung sowie aus Zöllen auf den Export von Rohöl und Ölprodukten verglichen mit nur 6 % aus Steuern auf die Gasförderung und den Zöllen auf den Gasexport (Daten für 2013). Da 80 % der Ölexporte Russlands nach Europa fließen, wären die Einbußen für den Staatshaushalt signifikant.

Der Export von Rohöl und Ölprodukten aus Russland nach Europa, der rund 300 Mio. t beträgt und

fast die Hälfte des Werts des Warenexports Russlands ausmacht, könnte durch Sperrung der europäischen Häfen für Öltanker aus Russland sowie der Ölpipeline durch Belarus/Polen und die Ukraine unterbrochen werden. Dann wären die Einnahmeverluste (rund 220 Mrd. US-\$ pro Jahr bzw. 18 Mrd. US-\$ pro Monat) für Russland erheblich größer als im Szenario »Gaskrieg«, bei dem für Russland »nur« rund 3 Mrd. US-\$ pro Monat auf dem Spiel stehen. Da Russlands Wirtschaftswachstum eng an die Einnahmen aus dem Ölgeschäft gekoppelt ist, wäre ein schwerer und anhaltender Wirtschaftseinbruch die Folge.

Russland würde durch ein gegen die EU verhängtes Ölembargo zumindest kurzfristig wenig gewinnen, denn die EU könnte einen Ausfall des russischen 35%-Anteils an ihren Importen von Rohöl und Ölprodukten bis zu acht Monate durch Einsatz ihrer strategischen Ölreserven ausgleichen, die drei Monate ihrer Ölimporte entsprechen. Längerfristig könnte Öl aus einer Vielzahl von Ländern, z. B. aus dem Nahen Osten, Südamerika oder Afrika bezogen werden, was aber nur einen Teil des bisherigen Importbedarfs abdecken würde. Ein jahrelanger »Ölkrieg« mit Russland würde vor allem den Verkehrssektor treffen, in dem 60 % der Ölprodukte verbraucht werden (IEA: 2009 Energy balance for EU-27). Dessen Probleme wären aber lösbar, indem ein Umstieg auf sparsamere Motoren (»Ein-Liter-Auto«) und auf die Elektromobilität vorgenommen würde.

Tabelle 1: Auswirkungen einer Blockade des Gas- und Ölhandels zwischen Russland (RF) und der EU (- schwach, + stark, ++ sehr stark)

		kurzfristig	langfristig
Gas	EU	–	+
	RF	–	+
Öl	EU	–	+
	RF	++	++

Weder bei Erdgas noch bei Erdöl kann Russland kurzfristig die »chinesische Karte« ausspielen. Der Bau einer Gasleitung aus den westsibirischen Hauptfördergebieten Richtung China (Altai-Pipeline, Kapazität 30 Mrd. m³) hat sich verzögert. Ihre Inbetriebnahme wird nicht vor 2018 erwartet. Die aus Westsibirien in Richtung Osten gebaute Ölpipeline (ESPO) wird erst 2016 die Kapazität von 50 Mio. t und bis 2025 eine Kapazität von 80 Mio. t erreichen. Der Pipelinetransport von Gas und Öl Richtung Osten wird somit auf absehbare Zeit nur rund ein Viertel der Ausfuhren in die EU ersetzen können. Die Folge für Russland wäre eine kurz- bis mittelfristige Zahlungsunfähigkeit, welches dann wohl auch Schwierigkeiten hätte, seine Auslandsschulden zu bedienen.

Wie sich die EU im Gaskrieg schützen kann

Um die Energiesicherheit im Gasbereich rasch zu erhöhen, können in der EU bereits eingeleitete Maßnahmen beschleunigt durchgeführt werden. Dazu gehören in erster Linie der weitere Ausbau von Interkonnektoren zwischen den Gasnetzen der einzelnen EU-Länder sowie der Bau von zusätzlichen LNG-Empfangsterminals an den Küsten Westeuropas, Polens, der baltischen Staaten, der Balkanstaaten und der Ukraine. Damit werden die Empfangskapazitäten für verflüssigtes Erdgas (LNG) aus Afrika und dem Nahen Osten (vor allem aus Katar) erhöht, das durch die Fracking-Revolution in den USA dort nicht mehr benötigt wird. Das Baltikum wird bald keine »Energieinsel« mehr sein: 2014 wird in Litauen das erste baltische LNG-Terminal eröffnet werden. Zwei weitere Terminals sollen in Estland und Finnland entstehen. Die Gasnetze beider Länder werden durch die Unterwasserpipeline »Balticconnector« verbunden werden. Auch das LNG-Terminal in Świnoujście (Polen) soll 2014 in Betrieb gehen.

Der Import von Flüssiggas (LNG) aus den USA wird erst ab 2020 mit 60 Mrd. m³, wovon allerdings nur ein Teil nach Europa gelangen wird, eine ins Gewicht fallende Alternative für Gas aus Russland bilden (EIA: Annual Energy Outlook 2014 Early Release Overview, Figure 4, <http://www.eia.gov/forecasts/aeo/er/executive_summary.cfm>). Ebenfalls nur in mehreren Jahren wird die nichtkonventionelle Gasförderung (Schiefergas, Kohleflözgas) in Frankreich, Deutschland und Polen sowie in der Ukraine in relevanten Größenordnungen einsetzen. Sie wird die zurückgehende Förderung von konventionellem Erdgas in diesen Ländern bestenfalls nur ausgleichen können.

Durch den Bau von Gaspipelines aus der Türkei in Richtung Griechenland/Italien (Trans Anatolien Pipeline – TANAP, Trans Adria Pipeline – TAP), die das Erbe des (am Desinteresse der dafür vorgesehenen Produzentenländer Aserbaidschan und Turkmenistan) gescheiterten Nabucco-Projekts antreten, ist eine zusätzliche Diversifizierung der Gasbezüge Europas im Umfang von rund 5 % des Gasimports zu erwarten, wofür Aserbaidschan als Quelle in Frage kommt. Gasimporte aus Zentralasien sind nicht in Aussicht, da sich Turkmenistan und Kasachstan in ihrer Energieexportpolitik zunehmend Richtung China orientieren, das sich im Unterschied zu Europa nicht in ihre inneren Verhältnisse einmischt. Entsprechendes gilt für den Iran.

Weil rund drei Viertel des Erdgases in der EU für Prozesswärme und Heizung und nur zu einem Viertel zur Stromerzeugung verwendet wird (IEA: 2009 Energy balance for EU-27), können Wind- und Sonnenenergie Erdgas vorerst nicht ersetzen. Dies wird nur in fernerer Zukunft möglich werden, wenn die Herstellung von

Methan aus »Grünstrom« im großindustriellen Maßstab gelungen ist. Deswegen ist die Erwartung, die »Energiewende« könne die Abhängigkeit von Russlands Erdgas mildern, vorerst unbegründet.

Eine weit getriebene oder völlige Unabhängigkeit von Russlands Erdgas ist für die EU ökonomisch nicht rentabel, so lange Gasimporte aus Russland preiswerter sind als die aus anderen Regionen. Sie ist auch politisch nicht wünschenswert, denn gegenseitige Abhängigkeit bewahrt beide Seiten vor unbedachten Handlungen.

Von der Ukraine ausgehende Gaskrisen

Unbeabsichtigt könnte eine Gaskrise in Europa durch Konflikte in der Ostukraine ausgelöst werden. Neben dem Flug- und Eisenbahnverkehr könnten dort auch Öl- und Gaspipelines unterbrochen werden. Dies würde »nur« die Halbierung der Gasimporte der EU aus Russland zur Folge haben, denn Gaslieferungen durch die Nord Stream und die Jamal-Europa Pipeline wären nicht unmittelbar betroffen und könnten in die zuvor von der Ukraine aus versorgten Regionen umgeleitet werden. Wenn die Unterbrechungen in der Ukraine nur wenige Wochen anhielten, wären damit keine gravierenden Folgen für die Volkswirtschaften Europas zu erwarten. Größere Probleme wären hingegen in der Ukraine selbst zu erwarten. Die Ukraine könnte sich nur über kurze Zeit aus ihren eigenen Gasspeichern versorgen, die Ende März 7 Mrd. m³ enthalten, weil diese im Sommer wieder aufgefüllt werden müssen, um allein technisch den Gastransit nach Westen zu gewährleisten. Von ihren westlichen Nachbarn Polen, Ungarn und Slowakei könnten ebenfalls nur geringe Mengen Erdgas geliefert werden (<<http://www.gazeta.ru/business/2014/03/24/5961301.shtml>>).

Nicht auszuschließen ist eine erneute russisch-ukrainische Gaskrise nach dem Muster von 2009. Die ukrainische Seite schuldet Gazprom seit Jahresanfang 2014 die Bezahlung der Gaslieferungen. Zusammen mit Forderungen aus 2013 betrugen die Zahlungsrückstände Ende März 2014 rund 2 Mrd. US-\$. Wird zwischen Gazprom und der ukrainischen Regierung keine weitere Stundung der Zahlungen ausgehandelt, könnte Gazprom ab April seine Gaslieferungen für die Ukraine einstellen, wovon allerdings auch die Krim betroffenen wäre, die über ukrainisches Gebiet versorgt wird. Würde dann, wie schon 2009, Gas aus den für den Transit nach Westeuropa bestimmten Speichern entnommen, wäre Gazprom veranlasst, wie auch damals den Gastransit über die Ukraine in die EU zu unterbrechen. Freilich kann eine derartige Entwicklung abgewendet werden, wenn die EU, die Weltbank und/oder der IWF der Ukraine Hilfen zur Bezahlung ihrer Gasschulden und ihrer laufenden Gasrechnungen gewähren.

Die ukrainische Gasrechnung wird ab April 2014 allerdings teuer werden. Wenn Gazprom wie angekündigt dann den für den Verzicht auf das Assoziierungsabkommen mit der EU zum Jahresanfang 2014 eingeräumten Preisnachlass von 100 US-\$ pro 1000 m³ zurücknimmt und außerdem, wie zu erwarten, Russland den seit dem Vertrag von 2010 über die Stationierung der russischen Flotte nach 2017 auf der Krim geltenden Preisnachlass von ebenfalls 100 US-\$ pro 1000 m³ aufkündigt, wird der Preis für Gas aus Russland auf rund 470 US-\$ pro 1000 m³ steigen und damit wieder so hoch sein, wie er zwischen Julia Tymoschenko und Wladimir Putin 2009 ausgehandelt worden war. So lange das bestehende Einsparungspotential beim Einsatz von Erdgas in der Industrie und bei der Beheizung der Wohnungen noch nicht ausgeschöpft ist, wird die Ukraine auf jährliche Gasimporte aus Russland im Umfang von rund 20 Mrd. m³ zu Kosten von 9 Mrd. US-\$ angewiesen sein.

Die Qual der Wahl bei Sanktionen

Im Unterschied zur aggressiven Rhetorik des Kremls und russischer Medien in der aktuellen Ukraine-Krise vermitteln Vertreter der Energiewirtschaft Russlands den Wunsch nach einem *business as usual*. Ein Beispiel: Russische Parlamentarier unter Leitung des Vorsitzenden des Dumakomitees für Energie Ivan Gratschow führten im März 2014 mit deutschen Bundestagsabgeordneten aus dem Ausschuss für Wirtschaft und Energie Gespräche über einen neuen Anlauf zur Bildung eines russisch-ukrainisch-deutschen Gastransportkonsortiums, das den ukrainischen Gassektor einer gemeinsamen Verwaltung unterstellen soll. Den staatlichen, halbstaatlichen und privaten Unternehmen Russlands ist nämlich ebenso wenig wie den westlichen Firmen, die im Russlandgeschäft tätig sind, an einem Abbruch oder auch nur an einer Störung der Handelsbeziehungen gelegen. Dies gilt insbesondere im Energiebereich, denn der Export von Erdöl, Erdgas und Steinkohle macht 70 % der gesamten Warenausfuhr Russlands und 63 % seiner Westexporte aus.

Wenn Verhandlungen oder die Zusammenarbeit im Sinne eines »Wandels durch Annäherung« aber aussichtslos erscheinen, sind Sanktionen die einzig verbleibende Option. Deutschland kann sich ihnen nicht entziehen, denn das Außenwirtschaftsgesetz der Bundesrepublik Deutschland verlangt in § 4 die Umsetzung der Beschlüsse des Rates der Europäischen Union über wirtschaftliche Sanktionen im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sowie der Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen.

Aber welche Maßnahmen sind zielführend, können nicht umgangen und nach angemessener Zeit wieder aufgehoben werden? So lange die Krim-Krise nicht

beigelegt ist, könnte die EU die laufenden Verhandlungen mit Russland über die Regelung der Anbindung der Nord Stream Pipeline an die deutsche OPAL-Ferngasleitung sowie über die Gewährung von Ausnahmegeheimungen für South Stream von den Entflechtungsregeln des 3. Energiepakets aussetzen. Damit würde es sich um gezielte, wirksame und zugleich maßvolle und leicht revidierbare Sanktionen handeln, die keine unmittelbaren Auswirkungen auf die Volkswirtschaften der EU hätten.

Ein Embargo auf Gasimporte aus Russland als Antwort auf die Annexion der Krim würde dagegen neben der Wirtschaft Russlands auch der Wirtschaft

und Bevölkerung in der EU unverhältnismäßig schaden. Die für beide Seiten gravierenden Folgen eines »Gaskriegs« stellen, in Analogie zur Abschreckung im Atomzeitalter, für rational denkende Akteure ein wirksames Hemmnis dar. Ein »Gaskrieg« mit dem möglichen Kollateralschaden »Ölkrieg« ist deswegen äußerst unwahrscheinlich und würde, sollte er auf Grund unbedachter Handlungen dennoch ausbrechen, alsbald beendet werden. Wenn Russland jedoch nach dem Modell der Krim im postsowjetischen Raum weitere Annexionen unternähme, wäre ein Ölembargo das angemessene und effektive Sanktionsinstrument.

Über den Autor

Dipl. Volkswirt Dr. Roland Götz hat sich am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Fragen (BIOst) in Köln und an der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin mit der Sowjetwirtschaft und der Wirtschaft Russlands beschäftigt. Zuletzt ist von ihm zum Thema erschienen: Die Erdgasversorgung der EU im Wandel, in: Jahrbuch der europäischen Energie- und Rohstoffwirtschaft, Essen 2013, S. 46–50; Mythen und Fakten. Europas Gasabhängigkeit von Russland, in: Osteuropa, 6–8/2012, S. 435–458; Pipeline-Popanz. Irrtümer der europäischen Energiedebatte, in: Osteuropa, 1/2009, S. 3–18.

Lesetipps

- Behrens, Arno, Julian Wiczorkiewicz: Is Europe Vulnerable to Russian Gas Cuts? [=CEPS Commentaries], 12.03.2014; <<http://www.ceps.eu/book/europe-vulnerable-russian-gas-cuts>>
- Clingendael International Energy Program (CIEP): Fact Sheet. Russian Gas Imports to Europe and Security of Supply, <http://www.clingendaelenergy.com/media/fact_sheets>
- Clingendael International Energy Program (CIEP): Fact Sheet. Russia – Europe: the Liquid Relationship Often Overlooked; <http://www.clingendaelenergy.com/media/fact_sheets>
- Gusev, Alexander: The EU-Russia Energy Game – Who's in the Lead? 17.03.2014; <<http://www.isn.ethz.ch/Digital-Library/Articles/>>
- Portela, Clara: Sanktionen der EU. Wirksamkeit durch Stigmatisierung? [=SWP Aktuell 63/2007], November 2007; <<http://www.swp-berlin.org>>.
- Westphal, Kirsten: Russlands Energielieferungen in die EU. Die Krim-Krise – Wechselseitige Abhängigkeiten, langfristige Kollateralschäden und strategische Handlungsmöglichkeiten der EU. [=SWP Aktuell 11/2014], März 2014; <<http://www.swp-berlin.org>>.

Tabelle 2: Anteile einzelner Güter am gesamten Warenexport der Russischen Föderation 2013 (%)

	Insgesamt	»Fernes Ausland« (EU, TR, Asien, USA)	»Nahes Ausland« (GUS)	EU
Steinkohle	2,2	2,0	0,2	1,1
Rohöl+Ölprodukte	53,7	50,2	3,5	45,0
Flüssiggas (LNG)	1,0	1,0	0,0	0,0
Erdgas per Pipeline	12,8	9,5	3,2	7,8*
Energieträger insgesamt	69,8	62,8	7,0	53,9

Anmerkungen: Der gesamte Warenexport Russlands betrug 2013 526 Mrd. US-\$.

* Berechnet aus den Daten der Zollstatistik der Russischen Föderation unter der Annahme, dass der Exportpreis im »fernen Ausland« um 25 % höher ist als im »nahen Ausland«.

Summendifferenzen beruhen auf Rundung.

Quellen: Zollstatistik der Russischen Föderation, <<http://www.customs.ru/>>, Clingendael International Energy Program (CIEP): <http://www.clingendaelenergy.com/media/fact_sheets>, VDKI, Jahresbericht 2013, S. 21, <<http://www.verein-kohlenimporteure.de/>>.

Tabelle 3: Gastransport aus Russland in die EU

Gasfernleitungen	Kapazität 2013 Mrd. m ³	Auslastung 2013 Mrd. m ³
<i>Von Russland in die EU über/nach:</i>		
Deutschland (»Nord Stream«)	55	24
Belarus/Polen/Deutschland (»Jamal-Europa«)	33	29
Belarus/Polen	6	3
Ukraine/Slowakei	118	53
Ukraine/Ungarn	21	6
Ukraine/Rumänien	38	20
Ukraine/Polen	6	4
Estland, Lettland, Litauen	29	6
Finnland	5	4
<i>Zusammen:</i>	<i>311</i>	<i>149</i>
<i>Aus der EU in Länder außerhalb der EU über/nach:</i>		
Litauen/Kaliningrad	4	2
Rumänien/Bulgarien/Türkei	16	13
Ungarn/Serbien	5	2
Schweiz (netto)*		3
<i>Zusammen</i>		<i>20</i>
<i>In die EU (netto)*</i>		<i>129</i>

* Einfuhr abzüglich Ausfuhr

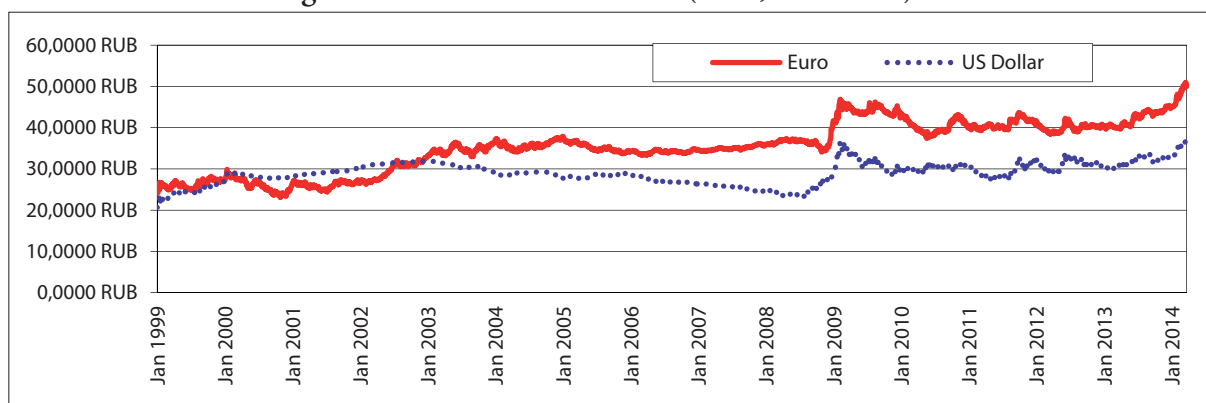
Quelle: IEA, European gas trade flows, <<http://www.iea.org/gtf/index.asp>>

STATISTIK

Rahmendaten der russischen Wirtschaft

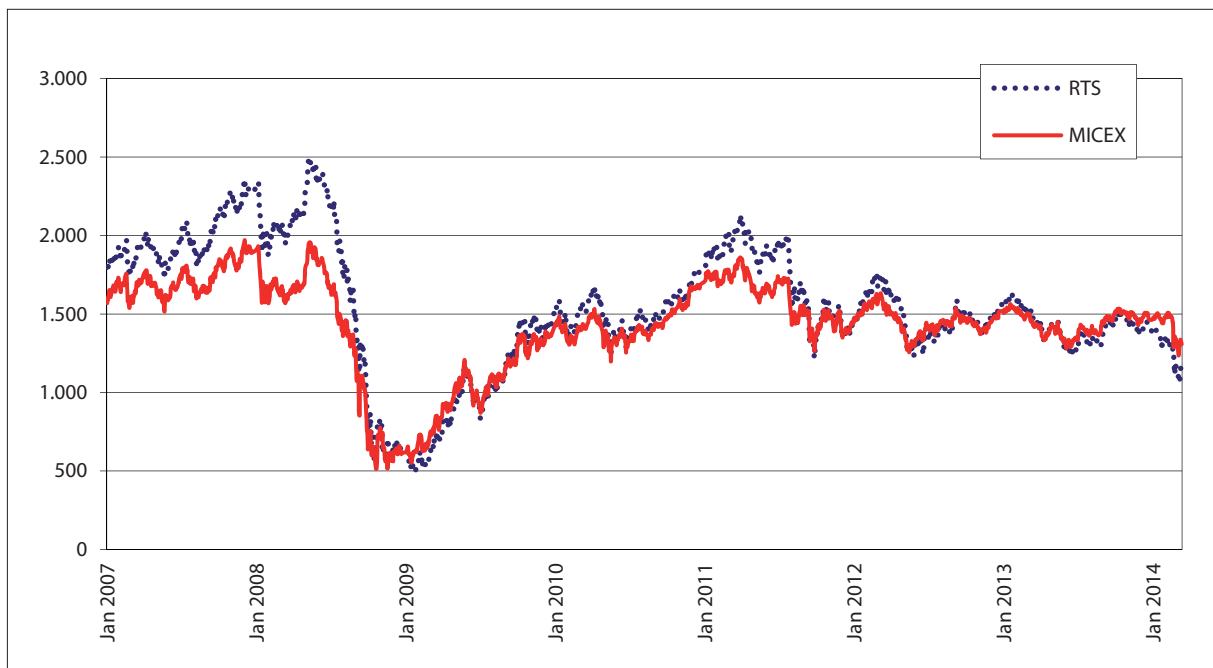
Aktienkurse, Ölpreise, Währungsentwicklung und BIP im Vergleich

Grafik 1: Entwicklung des Rubelkurses 1998–2013 (Euro, US Dollar)

Quelle: Website der Zentralbank <http://www.cbr.ru/currency_base/dynamics.asp>, 22.3.2014

Grafik 2: Europe Brent Spot Price FOB (Dollars per Barrel)

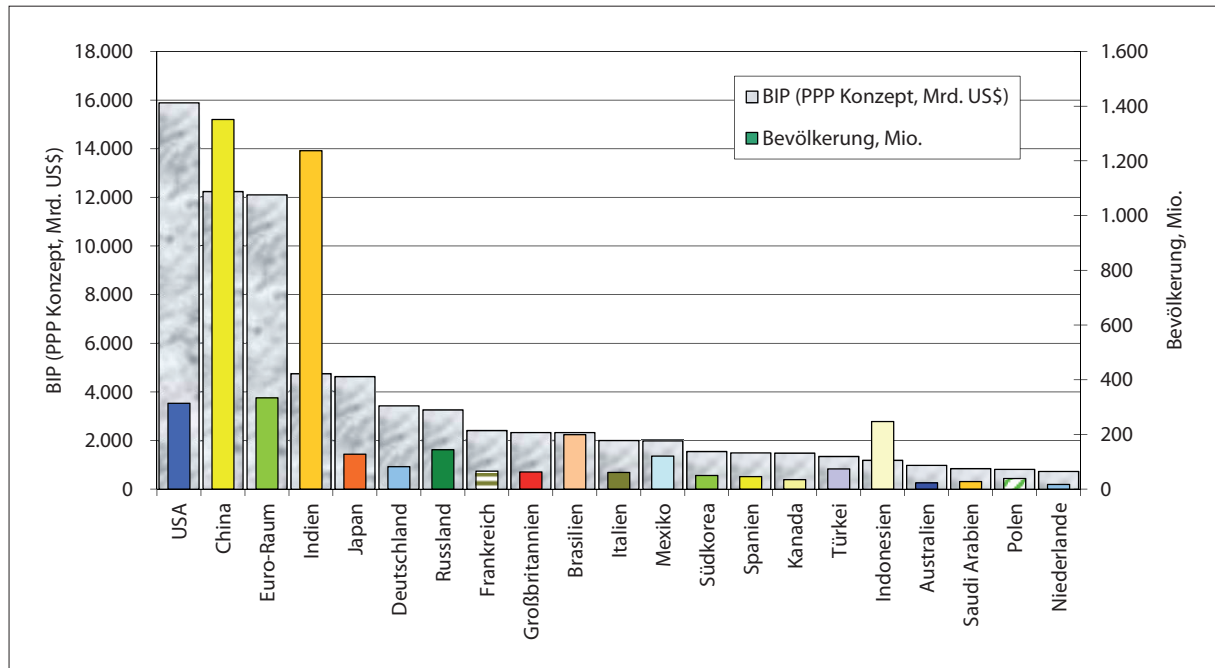
Quelle: <<http://www.eia.gov/dnav/pet/hist/LeafHandler.ashx?n=PET&s=RB RTE&f=D>>, 18.03.2014

Grafik 3: Russische Aktienindexe 2007–2014

Quelle: <<http://www.micex.ru/marketdata/indices/shares/composite#&index=MICEXINDEXCF>>; <<http://moex.com/s770>>, 21.03.2014

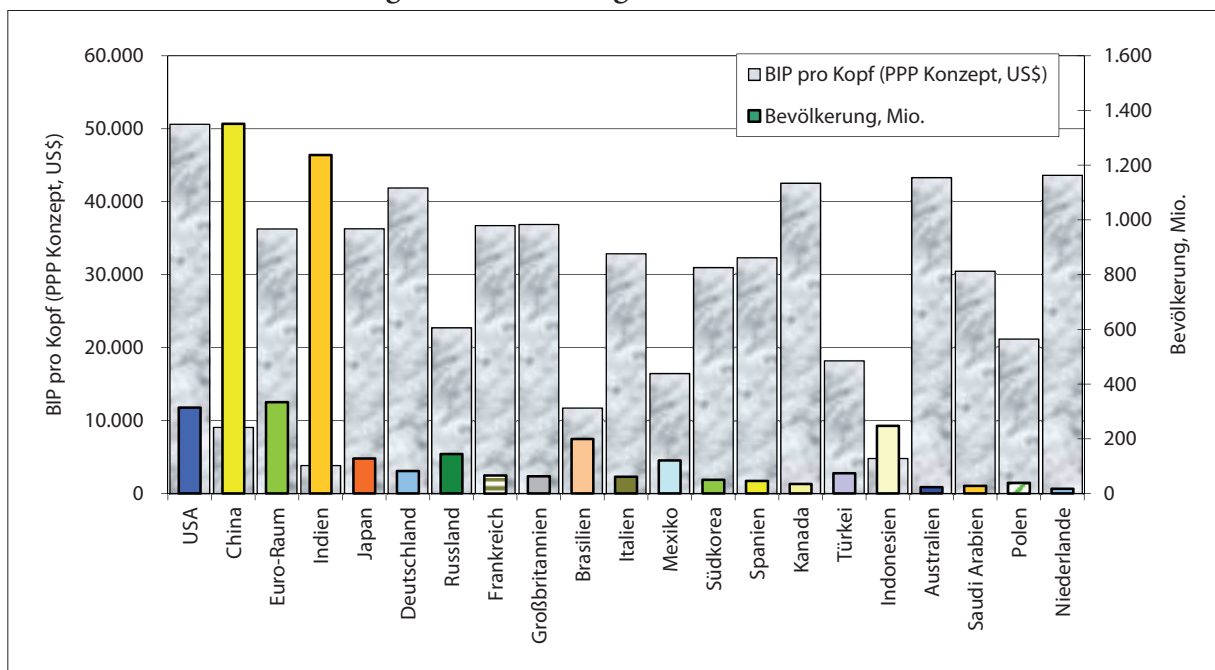
World Development Indicators der Weltbank: Größe der Wirtschaft

Grafik 4: Wirtschaftsleistung und Bevölkerung 2012



Quelle: <<http://wdi.worldbank.org/table/1.1#>>, 24.03.2014

Grafik 5: Wirtschaftsleistung und Bevölkerung 2012

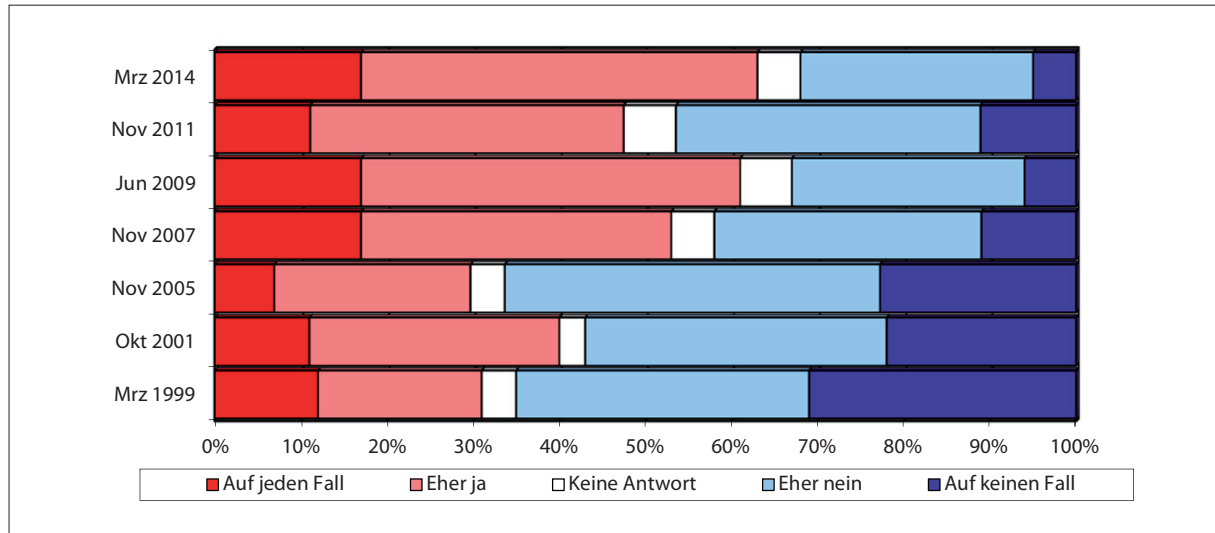


Quelle: <<http://wdi.worldbank.org/table/1.1#>>, 24.03.2014

UMFRAGE

Russland und das internationale Umfeld in Umfragen

Grafik 6: Denken Sie, dass Russland gegenwärtig eine Großmacht ist?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 7.–10.03.2014, N = 1603. Veröffentlicht am 17.03.2014 unter: <<http://www.levada.ru/print/17-03-2014/pozitsii-rossii-na-mirovoi-arene>>

Tabelle 4: Russland in der internationalen Arena

Welche Rolle spielt Russland Ihrer Meinung nach aktuell bei der Lösung internationaler Probleme?

	Nov. 2010	Nov. 2011	März 2014
Entscheidende	9 %	7 %	11 %
Relativ wichtige	53 %	44 %	56 %
Nicht besonders wichtige	27 %	34 %	26 %
Nebensächliche	8 %	11 %	3 %
Keine Antwort	3 %	4 %	3 %

Denken Sie, dass Russland gegenwärtig eine Großmacht ist?

	März 1999	Okt. 2001	Nov. 2005	Nov. 2007	Juni 2009	Nov. 2011	März 2014
Auf jeden Fall	12 %	11 %	7 %	17 %	17 %	11 %	17 %
Eher ja	19 %	29 %	23 %	36 %	44 %	36 %	46 %
Eher nein	34 %	35 %	44 %	31 %	27 %	35 %	27 %
Auf keinen Fall	31 %	22 %	23 %	11 %	6 %	11 %	5 %
Keine Antwort	4 %	3 %	4 %	5 %	6 %	6 %	5 %

Als was für ein Land würden Sie Russland momentan gerne sehen?

	Dez. 2003	Nov. 2005	Nov. 2007	Nov. 2011	März 2014
Als Großmacht, die von anderen Ländern geachtet und respektiert wird	43 %	36 %	39 %	42 %	48 %
Als ein Land mit hohem Lebensstandard, sei es auch nicht eines der stärksten Länder der Welt	54 %	62 %	56 %	53 %	47 %
Keine Antwort	3 %	3 %	5 %	6 %	5 %

Fortsetzung auf der nächsten Seite

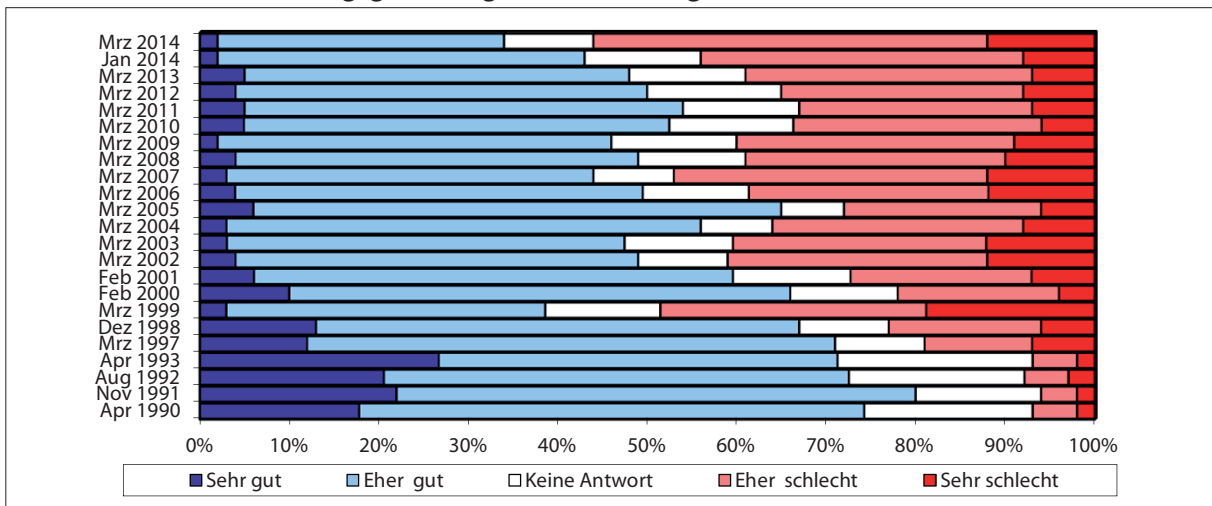
Tabelle 4: Russland in der internationalen Arena (Fortsetzung)

Wo leben die Menschen Ihrer Meinung nach glücklicher: in kleinen Ländern wie Schweden oder die Schweiz, oder in Großmächten wie den USA?

	Nov. 2007	Nov. 2011	März 2014
In kleinen Ländern wie Schweden oder die Schweiz	49 %	54 %	44 %
In Großmächten wie den USA	10 %	11 %	15 %
In gleichem Maße in diesen und jenen	27 %	24 %	28 %
Keine Antwort	14 %	11 %	13 %

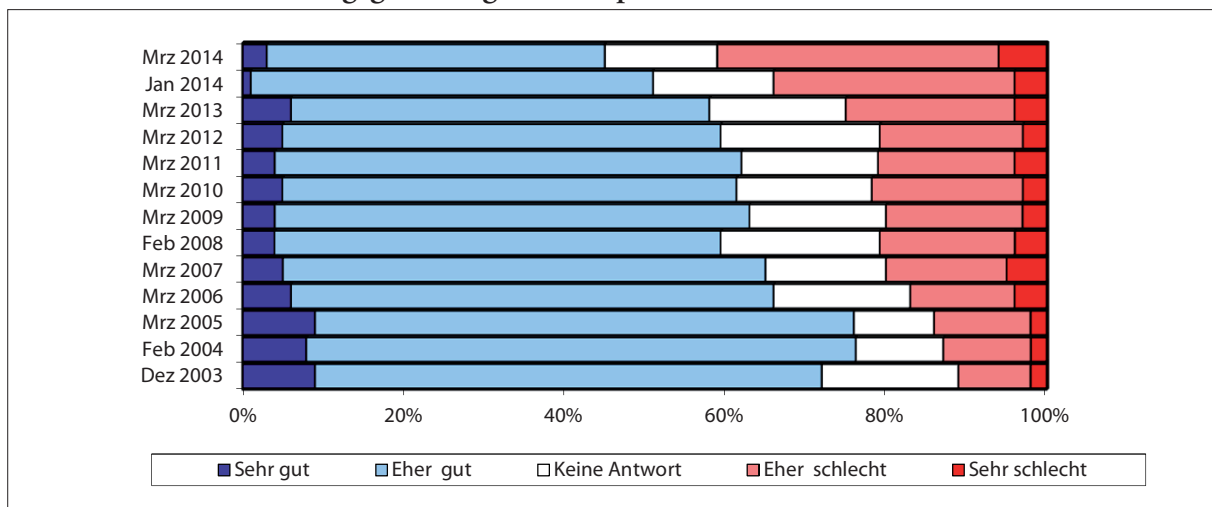
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 7.–10.03.2014, N = 1603. Veröffentlicht am 17.03.2014 unter: <<http://www.levada.ru/print/17-03-2014/pozitsii-rossii-na-mirovoi-arene>>

Grafik 7: Wie stehen Sie gegenwärtig zu den Vereinigten Staaten von Amerika?

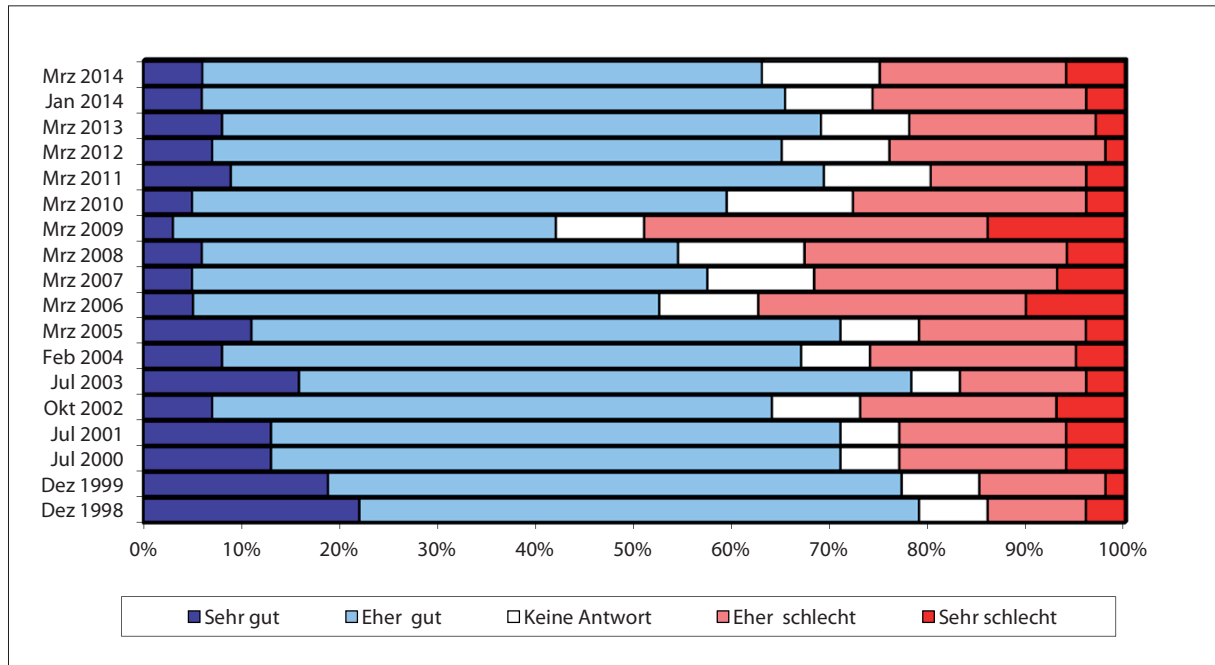


Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 7.–10.03.2014, N = 1603. Veröffentlicht am 18.03.2014 unter: <<http://www.levada.ru/print/18-03-2014/otnoshenie-rossiyan-k-drugim-stranam>>

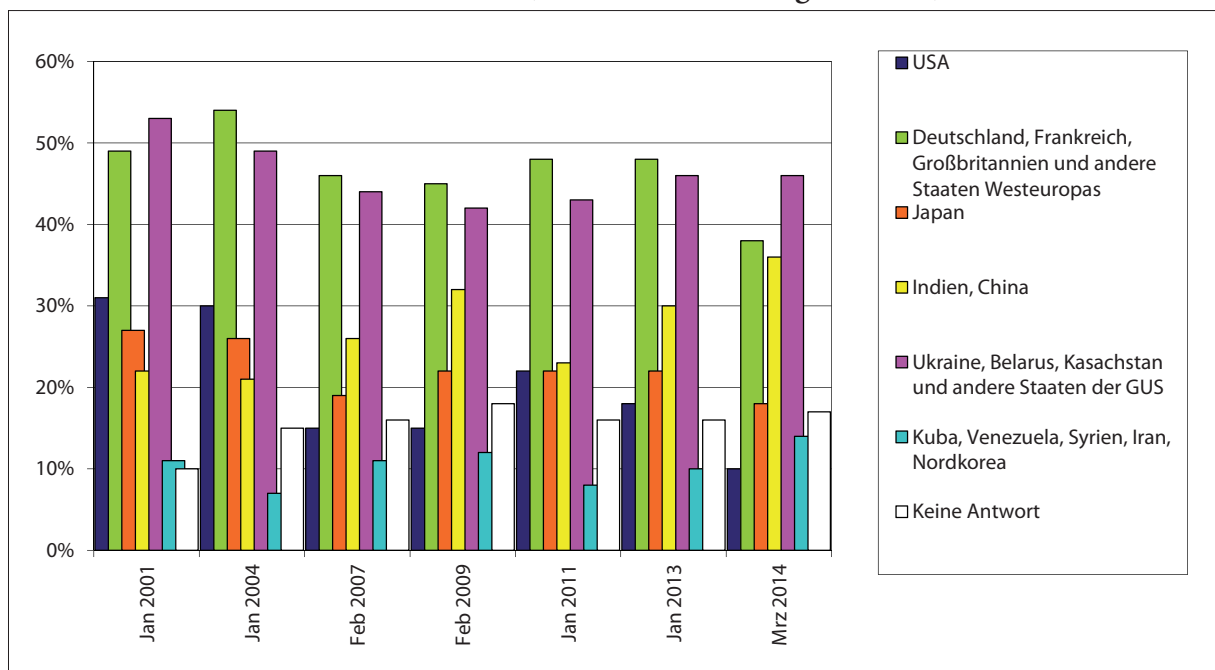
Grafik 8: Wie stehen Sie gegenwärtig zur Europäischen Union?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 7.–10.03.2014, N = 1603. Veröffentlicht am 18.03.2014 unter: <<http://www.levada.ru/print/18-03-2014/otnoshenie-rossiyan-k-drugim-stranam>>

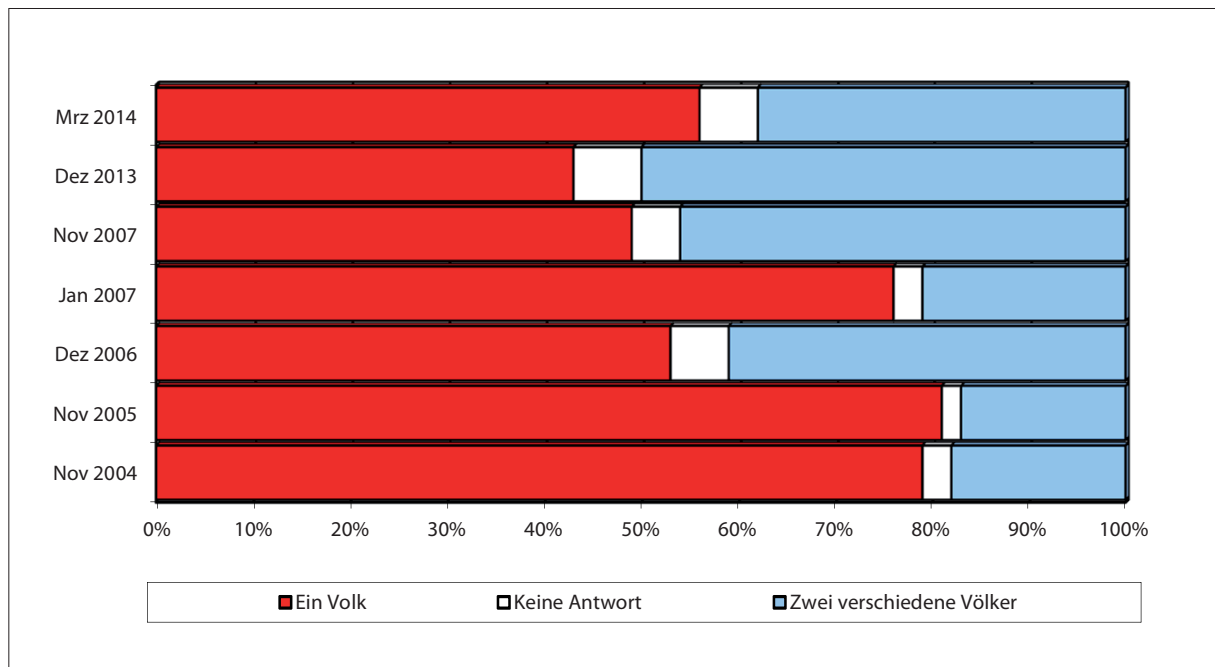
Grafik 9: Wie stehen Sie gegenwärtig zur Ukraine?

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 7.–10.03.2014, N = 1603. Veröffentlicht am 18.03.2014 unter: <<http://www.levada.ru/print/18-03-2014/otnoshenie-rossiyan-k-drugim-stranam>>

Grafik 10: Auf die Zusammenarbeit mit welchen Ländern sollte sich Russland, Ihrer Meinung nach, am ehesten ausrichten? (mehrere Antwortmöglichkeiten)

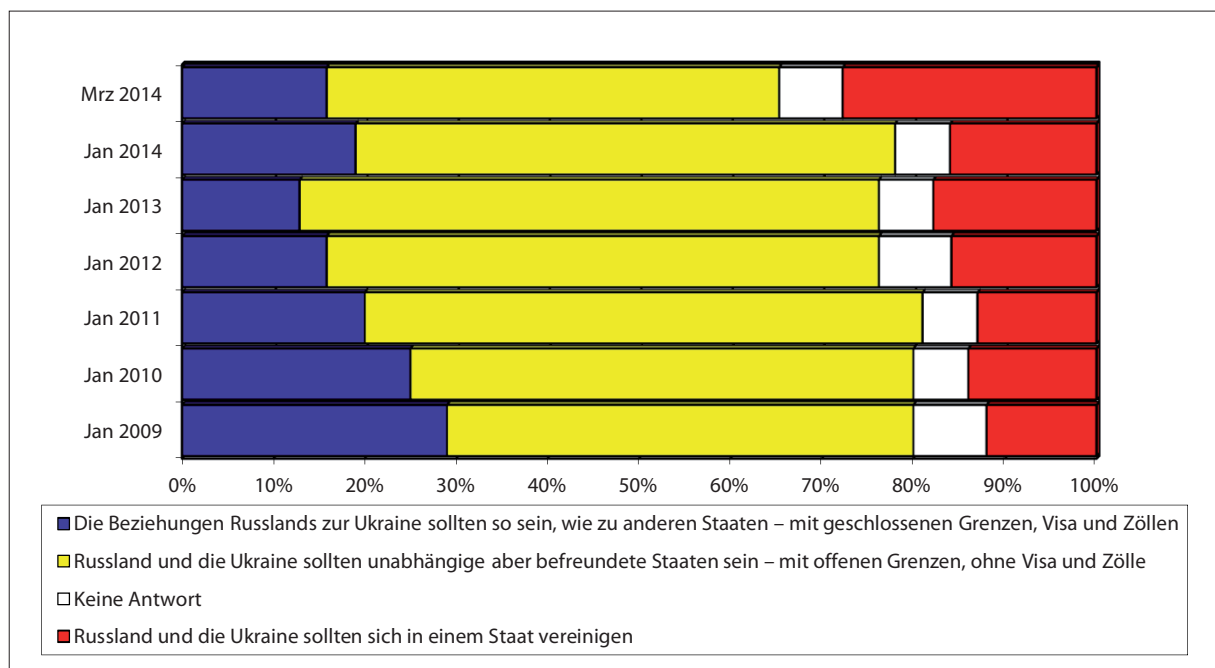
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 7.–10.03.2014, N = 1603. Veröffentlicht am 18.03.2014 unter: <<http://www.levada.ru/print/18-03-2014/otnoshenie-rossiyan-k-drugim-stranam>>

Grafik 11: Russen und Ukraine – sind dies Ihrer Meinung nach ein Volk oder zwei verschiedene Völker?*



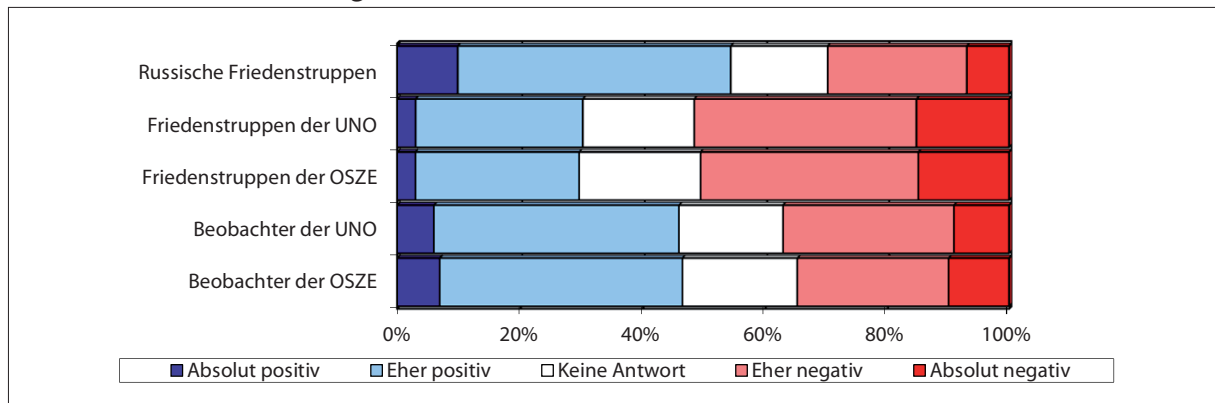
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 7.–10.03.2014, N = 1603. Veröffentlicht am 14.03.2014 unter: <<http://www.levada.ru/print/14-03-2014/rossiyane-ob-otnosheniyakh-s-ukrainoi>>

Grafik 12: Mit welcher der folgenden Meinungen zur Beziehung Russlands zur Ukraine stimmen Sie am ehesten überein?



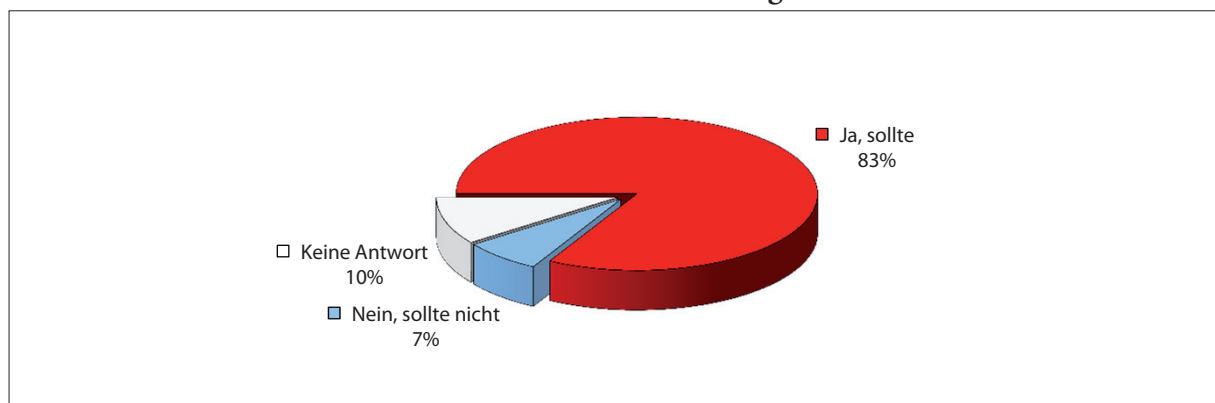
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 7.–10.03.2014, N = 1603. Veröffentlicht am 14.03.2014 unter: <<http://www.levada.ru/print/14-03-2014/rossiyane-ob-otnosheniyakh-s-ukrainoi>>

Grafik 13: Wie würden Sie auf eine mögliche Einbeziehung von ... zur Lösung der Konflikte in der Ukraine reagieren?



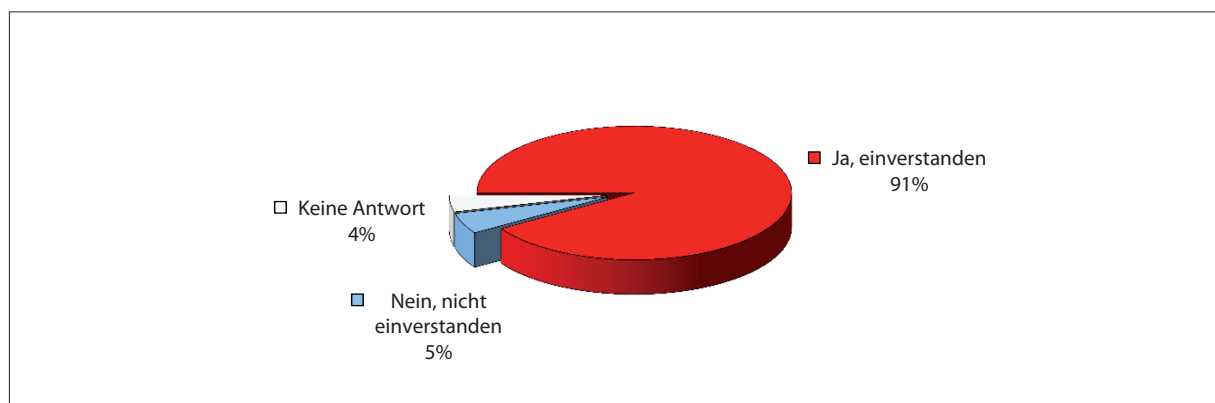
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 7.–10.03.2014, N = 1603. Veröffentlicht am 14.03.2014 unter: <<http://www.levada.ru/print/14-03-2014/rossiyane-ob-otnosheniyakh-s-ukrainoi>>

Grafik 14: Sollte Russland die Interessen der Russen und Vertreter anderer Nationalitäten auf der Krim schützen, auch wenn dies die Beziehungen zu anderen Ländern erschwert?



Quelle: Gemeinsame Massen-Umfrage des WZIAM und des FOM vom 15.–17.03.2014, N = 48.590 (Telefonumfrage). Veröffentlicht am 17.03.2014 unter: <<http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=114746>>

Grafik 15: Sind Sie mit dem Beitritt der Krim zu unserem Land als Föderationssubjekt einverstanden?



Quelle: Gemeinsame Massen-Umfrage des WZIAM und des FOM vom 15.–17.03.2014, N = 48.590 (Telefonumfrage). Veröffentlicht am 17.03.2014 unter: <<http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=114746>>

Tabelle 5: Man erschreckt uns, aber uns... ist nicht bange!

Auf Grund der umstrittenen Situation um die Krim könnten einige westliche Staaten politische und wirtschaftliche Sanktionen gegen Russland verhängen. Welche dieser Sanktionen würden für Russland solch ernsthafte Folgen haben, dass es besser wäre, den Beitritt der Krim zu Russland abzusagen? Und welche Sanktionen hätten unbedeutende Folgen, weshalb man sie bezüglich des Beitritts der Krim zu Russland nicht weiter beachten sollte? (geschlossene Frage, eine Antwortmöglichkeit je Sanktion)

Wirtschaftssanktionen	
Eher unbedeutende Folgen, weshalb der Beitritt der Krim zu Russland nicht abgesagt werden sollte	57 %
Eher ernsthafte Folgen, auf Grund derer sich eine Absage des Beitritts der Krim zu Russland lohnen würde	26 %
Keine Antwort	17 %
Beitritt der Ukraine zur NATO	
Eher unbedeutende Folgen, weshalb der Beitritt der Krim zu Russland nicht abgesagt werden sollte	56 %
Eher ernsthafte Folgen, auf Grund derer sich eine Absage des Beitritts der Krim zu Russland lohnen würde	23 %
Keine Antwort	20 %
Ausschluss Russlands aus der »G8« und anderen internationalen Organisationen	
Eher unbedeutende Folgen, weshalb der Beitritt der Krim zu Russland nicht abgesagt werden sollte	59 %
Eher ernsthafte Folgen, auf Grund derer sich eine Absage des Beitritts der Krim zu Russland lohnen würde	20 %
Keine Antwort	21 %
Unterzeichnung eines Assoziierungsvertrags zwischen der Ukraine und der Europäischen Union	
Eher unbedeutende Folgen, weshalb der Beitritt der Krim zu Russland nicht abgesagt werden sollte	62 %
Eher ernsthafte Folgen, auf Grund derer sich eine Absage des Beitritts der Krim zu Russland lohnen würde	18 %
Keine Antwort	20 %
Absage des G8-Gipfels in Sotschi	
Eher unbedeutende Folgen, weshalb der Beitritt der Krim zu Russland nicht abgesagt werden sollte	67 %
Eher ernsthafte Folgen, auf Grund derer sich eine Absage des Beitritts der Krim zu Russland lohnen würde	15 %
Keine Antwort	18 %
Abzug der Botschafter westlicher Staaten aus Moskau	
Eher unbedeutende Folgen, weshalb der Beitritt der Krim zu Russland nicht abgesagt werden sollte	67 %
Eher ernsthafte Folgen, auf Grund derer sich eine Absage des Beitritts der Krim zu Russland lohnen würde	15 %
Keine Antwort	18 %
Das Einfrieren von Bankkonten einiger Russen im Westen	
Eher unbedeutende Folgen, weshalb der Beitritt der Krim zu Russland nicht abgesagt werden sollte	73 %
Eher ernsthafte Folgen, auf Grund derer sich eine Absage des Beitritts der Krim zu Russland lohnen würde	14 %
Keine Antwort	13 %
Ablehnung von Einreisevisa in die USA und Europa gegenüber Russland	
Eher unbedeutende Folgen, weshalb der Beitritt der Krim zu Russland nicht abgesagt werden sollte	74 %
Eher ernsthafte Folgen, auf Grund derer sich eine Absage des Beitritts der Krim zu Russland lohnen würde	13 %
Keine Antwort	13 %

Quelle: Umfragen des WZIAM vom 15.–16.03.2014, N=1600. Veröffentlicht am 26.03.2014 unter: <<http://wciom.ru/index.php?id=515&cuid=114758>>.

Putins Sternstunde

Am 18. März 2014 hat Wladimir Putin eine feierliche Rede zur Aufnahme der Krim in die Russische Föderation gehalten. Fast eine Stunde lang sprach der Präsident im prächtigen Georgssaal des Kremlpalastes über die gemeinsame Geschichte, kulturelle und sprachliche Verflochtenheit der Region mit Russland und über die »Wiederherstellung historischer Gerechtigkeit«. Die NATO und der Westen wurden wegen Rhetorik aus den Zeiten des Kalten Krieges sowie »rüdern, unverantwortlichem und unprofessionellem« Agieren in der Ukraine-Krise mit einem Trommelfeuer der Kritik überzogen (Protokoll der Ansprache des Präsidenten der Russischen Föderation vom 18. März 2014; <<http://kremlin.ru/transcripts/20603>>). Als »National-Verräter« und »fünfte Kolonne« wurden die innerrussischen Gegner der Kremlpolitik bezeichnet. Mehrmals unterbrach das Publikum die Siegesrede Putins mit Applaus. Unter den Duma-Abgeordneten, Senatoren, Ministern und Vertretern der politischen Elite Russlands herrschte Euphorie.

Die Blogger in Russland haben auf die Botschaft Putins ambivalent reagiert. Die meisten waren sich aber einig, dass dies die stärkste Rede Wladimir Putins seit dem Auftritt bei der Sicherheitskonferenz 2007 in München war. Im Folgenden sind einige Beiträge aus der russischen Blogosphäre zusammengefasst.

Wie geht man in das Lehrbuch für Geschichte ein?

»Daran ist nichts zu drehen und zu deuteln: es geschehen bei uns historische Ereignisse. Selbst wenn Sie aus irgendwelchen Gründen Putin nicht mögen sollten. Und wenn Sie die Angliederung der Krim für einen großen Fehler halten. Historische Ereignisse muss man nicht unbedingt mögen. Sie müssen auch nicht immer tadellos sein. Putin ist in die Lehrbücher für Geschichte eingegangen. Die Rede Putins, die man höchstwahrscheinlich die »Krim-Rede« nennen wird, wird in diese Lehrbücher mit ganzen Absätzen eingehen. Auch wenn das Sammeln russischer Länder mit der Krim endet. Allerdings: man sollte nun nicht kleckern, sondern klotzen! Transnistrien sehnt sich [danach]. Abchasien und Südossetien träumen auch davon. Die Osseten sollen sich doch logischerweise vereinigen – sie sind ja definitiv ein geteiltes Volk.«
Anton Oreh, Blog bei Echo Moskwj vom 18. März 2014 <<http://www.echo.msk.ru/blog/oreh/1281952-echo/>>

Man muss die Gelegenheit beim Schopf packen

»Was soll ich sagen, da stockt einem der Atem nach dieser Zeremonie im Kreml! Die Masken sind gefallen. Es ging ihnen nicht um Scheinaktion oder irgendwelche Vorteile. Alle im Raum mit eminentem Auftreten. Die historische Bedeutung haben sie wohl alle begriffen. [...] Mich hat nur eine einzige Aussage Putins alarmiert: »Glauben Sie jenen nicht, die beschreiben, dass auch andere Regionen der Krim folgen werden«. Ich denke, alarmiert hat dieser Satz auch die gegen die Ukraine rebellierenden Menschen in Donezk, Charkow, Lugansk, Odessa, Cherson und Nikolajew. Man muss, verehrter Wladimir Wladimirowitsch, das Eisen schmieden, solange es heiß ist. Mein Rat. Lasst uns diese Regionen in Russland aufnehmen!«

Eduard Limonow: Man muss das Eisen weiter schmieden, solange es heiß ist, 18. März 2014 <<http://limonov-eduard.livejournal.com/454195.html>>

Reaktion von Oleg Kaschin

»Ich bin auf diejenigen Leuten ein wenig neidisch, die immer die Antwort parat haben, sie schämten sich und so weiter. Ich habe einen solchen Körperteil leider nicht. Manchmal hilft das, manchmal stört es, jetzt verstehe ich es einfach nicht. Ein solcher Schritt in die Fantastik, und der Atem stockt einem vor diesen beiden Emotionen – vor Jubel und vor Schrecken. Das Russland, in dem wir bisher gelebt haben, gibt es nicht mehr. Eigentlich ist es ja kein großer Verlust.«
Oleg Kaschin bei Facebook vom 18. März 2014 <<https://www.facebook.com/oleg.kashin/posts/10152340633403112>>

Warum ich die ukrainische Staatsangehörigkeit beantrage

»Natürlich habe ich die gestrige Rede Putins angehört. Seine beste Rede. Wenn man hochmotiviert ist, etwas zu sagen, spricht man gut. Wenn man einer Frau seine Liebe gesteht, gelingt ein exzellenter Text. So war es auch gestern. Putin hat seine Sternstunde erlebt und natürlich eine viel stärkere und argumentativere Rede gehalten als je zuvor. Die Frage ist aber, was kommt danach? Diesen historischen Tag werden wir überleben, aber was kommt morgen? Russland bleibt wie zuvor ein Staat der totalen Korruption, den die ganze Welt als ein Land zweiter Wahl ansieht. Und die Ukraine bekommt eine Chance ein europäisches Land zu werden, und sei es nur zweiter Klasse und nicht erster Klasse wie Deutschland und Großbritannien.«

Stanislaw Belkowski bei snob.ru vom 19. März 2014 <<http://www.snob.ru/profile/25718/blog/73864>>

National-Verräter

»Na, haben Sie alle gestern zugehört? Haben Sie das wichtigste vernommen? Nein, das ging nicht um die Krim. Krim ist die Agenda von gestern. [...] Der wichtigste Satz seiner ganzen Rede, ja nicht mal ein Satz, sondern zwei Wortgefüge, zwei äußerst wichtige Anker, die nun das Leben in unserem Land bestimmen werden, waren folgende sechs Wörter: »gewisse fünfte Kolonne« und »National-Verräter verschiedener Art«.

Die National-Verräter... Wissen Sie, wen er damit meint? Uns alle. Wir sind nun alle National-Verräter, liebe Freunde. Das hat der Präsident unseres Landes gestern selbst von der Tribüne [...] verkündet.

Da bin ich nun, Veteran zweier von meinem Land angezettelter Kriege, und in den Worten des Präsidenten dieses meines Landes ein National-Verräter. Alle diejenigen, die am Marsch [gemeint ist der Antikriegsmarsch vom 15. März 2014 in Moskau; S.M.] teilgenommen haben. Alle, die aus eigenem Versäumnis immer noch bei unabhängigen Medien arbeiten. Oder bis vor kurzem gearbeitet haben, bis die geschlossen wurden. Alle, die keinen Krieg wollen. Alle, die keine Flut von Särgen ihrer Kinder wollen. Alle, die für freie Wahlen und Willensäußerung stehen. Alle, die gegen Korruption und die Gauner sind. Alle, die ganz banal für die Freiheit sind. All die sind National-Verräter. Das hat Putin gestern gesagt.

Der Führer hat seinen Dienern die Richtung vorgegeben. Der innenpolitische Kurs ist abgesteckt. Ich denke, bis zu den Repressionen, und ich meine Massenrepressionen, bleibt nicht sehr viel Zeit. Sie haben schlicht keine andere Wahl mehr. Vom dem Augenblick an, von dem der Vater der Völker von der Tribüne »Volksfeinde« sagt, bleibt aus mehreren Varianten der zukünftigen Entwicklung nur eine, nämlich der Weg in die Lager. Das ist eine Einbahnstraße. Und dann alles nach dem Lehrbuch: Säuberungen, Pogrome, Krieg, dann Bürgerkrieg, und danach schon Zusammenbruch und Zerfall. Ich denke, unser Land wird am Arsch sein«.

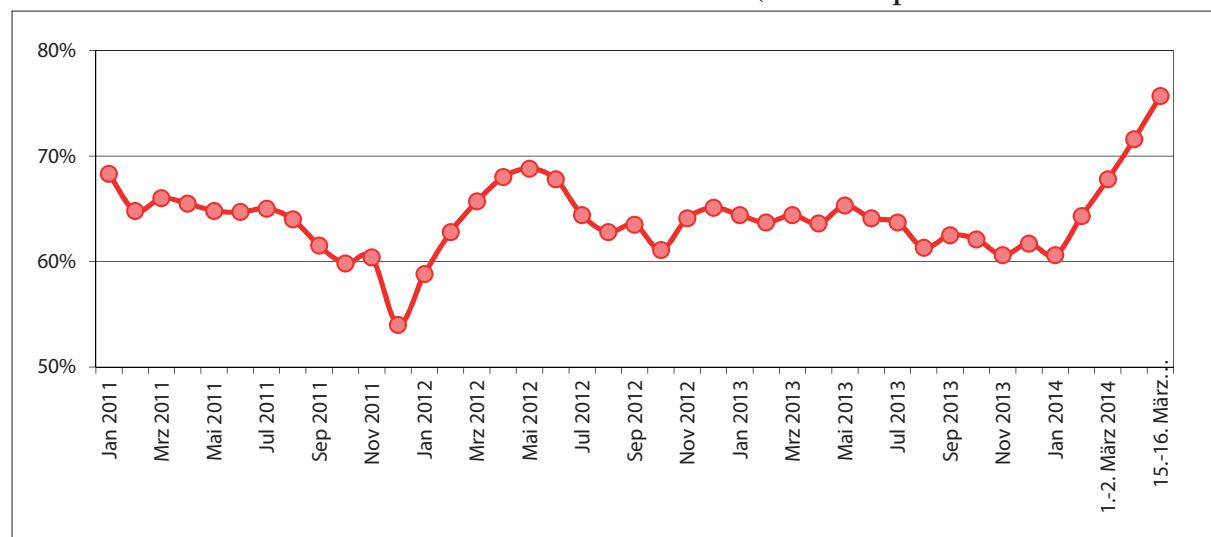
Arkadij Babtschenko bei snob.ru vom 19. März 2014 <<http://www.snob.ru/profile/27517/blog/73849>>

*Die Blogs, auf die verwiesen wird, sind in russischer Sprache verfasst
Ausgewählt und zusammengefasst von Sergey Medvedev, Berlin*

UMFRAGE

Putins Popularitätswerte

Grafik 16: Befürworten Sie die Arbeit Putins als Präsident? (Anteil der positiven Antworten in %)



Quelle: Umfragen des WZIAM, 15.-16.3.2014, N = 1600. Veröffentlicht am 20.03.2014 unter: <<http://wciom.ru/index.php?id=459&cuid=114752>>

Nach dem Krim-Anschluss

Jens Siegert, Moskau

Der Anschluss der Krim an Russland ändert das Spiel. Es geht nicht mehr um einen politischen Handel, also darum, wer mehr oder weniger bekommt. Es geht jetzt darum, wie die künftigen Spielregeln aussehen, welche Ausmaße und welches Aussehen das Spielfeld hat und von welcher Anfangsstellung die Mitspieler (weiter) spielen müssen. Ob es lange geplant war und Putin nun einfach nur eine »gute Gelegenheit« ergriffen hat oder ob der Schritt nach Janukowytschs Niederlage und Flucht aus Schwäche, ja gar aus Panik, das ganze Spiel zu verlieren, geschah, macht keinen Unterschied. Es geht inzwischen um nicht mehr und nicht weniger als eine Revision der expliziten und impliziten Vereinbarungen von 1991, wie diese Welt funktioniert (zu funktionieren hat). Im Rückblick fügen sich die Dinge zusammen.

Doch zuvor ist ein wenig Motivationsforschung nötig. Das ist immer spekulativ, im Fall des Kreml sogar hochspekulativ, weil wir es mit einer klassischen Black Box zu tun haben. Wir wissen ungefähr, was drin ist, aber kaum etwas davon, was drin passiert und sehen nur das, was rauskommt. Niemand außerhalb kann folglich mit Sicherheit sagen, was der Entscheidung, die Krim zu annektieren, voraus gegangen ist. Ist dies Teil einer langfristigen Strategie (was die meisten Beobachter eher verneinen)? Oder »nur« eine von vielen Optionen, die zuvor erwogen und bis zu einem gewissen Grad auch geplant/durchgespielt wurden, um dann, aus der konkreten Situation heraus (hier: Janukowytschs Flucht und der Sieg der Opposition in Kiew), umgesetzt zu werden? Geschah das aus einem Gefühl der Stärke heraus (das spräche eher für die Strategietheorie)? Oder aus Schwäche (dann könnte die Analyse gelaute haben, das sei nun die »letzte Chance«)? Oder hat sich, durch das revolutionär unumgängliche Machtvakuum in der Ukraine, einfach nur, siehe oben, eine gute Gelegenheit ergeben, die Krim »zurück« zu bekommen, die dann ergriffen wurde?

Ausgehend von diesen für uns Außenstehende vorerst kaum zu beantwortenden Fragen sehe ich drei mögliche Szenarien (die sich nicht unbedingt ausschließen, sondern, je nach Entwicklung, ergänzen können oder gar aufeinander aufbauen).

1. Die Krim ist das Ziel. Das spräche dafür, dass die russische Führung nun zu ernsthaften Gesprächen bereit wäre. Sie hätte dann ein Interesse, den Konflikt nicht weiter eskalieren zu lassen. Alles weitere Gerassel diene dann vor allem dazu, den neuen Status Quo dauerhaft zu sichern, während die Ostukraine und die Ukraine insgesamt als Staat (zumindest vorerst) sicher wären.

2. Es geht um die Revision von 1991, also darum, Russland wieder zur Großmacht, vielleicht auch zum Imperium zu machen. Auch Revanchegelüste mischten sich hier ein. Dann wäre die Krim nur der Anfang. In diesem Fall wären Gespräche, Verhandlungen ohne glaubhafte Sanktionen oder Sanktionsandrohungen zumindest naiv, wenn nicht gefährlich.

Es geht gar nicht oder zumindest nicht in erster Linie um Geopolitik, sondern um den Machterhalt im Inneren. Dann wäre die Annexion der Krim ein Instrument das Machtsystem zu ändern, in dem Putin, zumindest bisher, weniger Alleinherrscher als oberster Schiedsrichter ist. Eine »präventive Revolution« nennt Alexander Morosow auf Colta.ru (<<http://www.colta.ru/articles/society/2477>>) dieses Szenarium. Man könnte es, mit Blick auf die Re-Ideologisierung der russischen Politik durch Putin in den vergangenen zwei Jahren aber auch, in durchaus bewusster Anlehnung an Mao, eine »Kulturrevolution« nennen. Über die Mobilisierung im Inneren und nach außen gewinnt Putin so Zugriff auf fast alle, die sich, innerhalb wie außerhalb des Machtsystems, noch eine gewisse Autonomie haben bewahren können.

Ich wiederhole noch einmal: Niemand kann momentan wissen, worauf es hinausläuft (wahrscheinlich wissen das die Akteure selbst noch nicht). Aber selbst, wenn Szenarium drei, die Revolution von innen aus dem Machtzentrum heraus, nicht der Ausgangspunkt war, ist eine Evolution von eins über zwei zu drei leicht vorstellbar. Auch passen die Szenarien zwei und drei sehr gut zusammen, ja scheinen geradezu dazu gemacht, sich gegenseitig hochzuschaukeln.

Dafür spricht auch die unvergleichliche Propagandawelle in den russischen staatskontrollierten Medien (und der wachsende Druck auf alle anderen Medien). Zudem verändern sich auch die (Haupt-)Akteure. Sie setzen sich selbst und gegenseitig unter Druck. Es gibt schon seit einiger Zeit eine Art Überbietungswettbewerb in antiwestlichen Aussagen und Handlungen (was dann als besonders »patriotisch« interpretiert wird). Selbst Putin ist von diesem Druck nicht frei.

Die überbordende Propaganda bringt es (wohl eher unfreiwillig) auf den Punkt. Dmitrij Kiseljow, inzwischen der unumstrittene Star unter den Propagandisten, rühmte sich und sein Land jüngst zur Prime Time, es sei das einzige, das die USA mit seinen Atomwaffen in »radioaktive Asche« verwandeln könne. Das gehe durch eine neue Programmierung der Atomraketen selbst dann, wenn die USA zuvor alle Kommandostellen der russischen Atomstreitkräfte ausgeschaltet hätten. Deshalb rufe

Obama seit Kurzem Putin viel öfter an, spottete Kiseljow stolz. Und genau darum geht es: (Wieder) Beachtet werden (weshalb die Bemerkung Obamas, Russland sei eine »Regionalmacht« tief sitzen dürfte). Es geht bei diesem gesamten Revisionsvorhaben auch, vielleicht sogar in erster Linie, um die Heilung einer tiefen narzisstischen Kränkung. Wie alle Narzissten nehmen auch die russischen dafür gern die Zerstörung der Welt(Ordnung) in Kauf. Wenn sie schon nicht mit der Kränkung leben können, sollen auch alle anderen nicht mehr (so) leben dürfen.

Der Anschluss der Krim wird so zudem zu einem Abbrechen der Brücken. Es soll kein Zurück mehr geben. »Sieg oder Tod« schallt es aus Kiseljows, Limonows oder Dugins Mündern gen Westen, der dafür verspottet wird, sich schon diese Frage nicht mehr leisten zu wollen (oder können).

Es ist übrigens eine der interessanteren Seiten dieser immer höher schwappenden Propaganda-Welle, dass immer dreister einfach gelogen wird, und dass das eigentlich immer durchgeht. Angefangen hat es mit der Lüge vom »faschistischen Putsch« in Kiew, den der Westen organisiert habe. Dann setzte es sich mit der angeblichen Gefahr für Leib und Leben von ethnischen Russen in der Ostukraine und vor allem auf der Krim fort. Zwischendurch wurden Gruselgeschichten von Berkut-Leuten in Lemberg in der Westukraine erzählt. Die wurden, das stimmt, mit Waffengewalt auf die Knie gezwungen. Zwei Berkut-Männer, so behauptete ein Fernsehmoderator im Ersten Kanal zu manipulierten Bildern und unter dem Schaudern des Studiopublikums, hätten sich geweigert und seien auf der Stelle hingerichtet worden. Mit der Ankündigung der nächsten Werbepause bat der Moderator um eine Schweigeminute »für die Helden«. Oder, auf einer abstrakteren, politischeren Ebene, geistert seit Wochen die Behauptung durch die Fernsehkanäle, Ziel von NATO und EU sei der Zugang zum Schwarzen Meer, ohne dass jemand die Frage stellte, wie das denn sein könne, wenn mit Bulgarien und Rumänien bereits zwei Schwarzes-Meer-Anrainer EU- und NATO-Mitglieder sind und die Türkei seit vielen Jahrzehnten Mitglied der NATO.

Max Trudoljubow, Meinungsredakteur der Moskauer Tageszeitung Wedomosti stellt die Frage nach »Sieg oder Tod« ein wenig philosophischer (<<http://www.vedomosti.ru/opinion/news/24283481/mezhdu-istoriej-i-utopiej#ixzz2wbgHiA00>>). Er sieht die russische Führung und in erster Linie natürlich Putin vor die Entscheidung gestellt, zwischen Utopie und Geschichte zu wählen. Keine neue Wahl in der russischen Geschichte. Die Geschichte zu wählen hieße, sich den Regeln zu beugen, den aus der Geschichte erwachsenen ebenso wie den selbst durch Verträge und Vereinbarungen eingegangenen. Die Utopie zu wählen dagegen ist eine Art Befreiung (von den Fesseln der rationalen Moderne), heißt, sich selbst einen ganz neuen Weg legen zu können.

Allerdings legt man solche »neuen Wege« nur durch »außerordentliche Maßnahmen«, ein Begriff, der in Russland aus der Sowjetzeit nur allzu bekannt ist. Noch immer nennen sich die Geheimdienstler (wie Putin) »Tschekisten«, ein Wort, dass sich von der Abkürzung »WeTscheKa« ableitet, die für die »Allrussische Außerordentliche Kommission« (der Urzelle der sowjetisch-russischen Geheimdienste) steht. Die Kommission, Ende 1917 von Felix Dserschinskij gegründet, stand ganz am Anfang des sowjetischen Terrors, der mit ihr begann und nicht, wie oft angenommen, später mit Stalin. Im Gegensatz zu seinen Nachbarn, so das Urteil Trudoljubows, »hat sich Russland bis heute nicht aus dem sowjetischen Raum und der sowjetischen Zeit lösen können«.

Die Chance, sich vom Sowjetischen Erbe zu lösen, hat es selbstverständlich auch für Russland gegeben, aber sie wurde nicht genutzt. Der Westen (und viele Menschen in Russland) dachte nach der demokratischen Revolution von 1991, die Sache sei gegessen. Alles Weitere würde zwar nicht einfach werden, sei aber mehr eine Frage der Technik. Ein Zurück sei nicht mehr möglich. Dieser Nachhall von Francis Fukuyamas »Ende der Geschichte« hat sich als zumindest naiv erwiesen.

Putin ist es, im Rückblick, in Russland (im Gegensatz zu fast allen anderen Ländern drum herum) erstaunlich leicht gefallen, die Interpretation der Wende von 1991 als einen »Sieg der Freiheit« durch seine Interpretation einer »Katastrophe«, eines »verbrecherischen Putsches« zu ersetzen (und darüber gleich der Ukraine das Recht auf Existenz als unabhängiger Staat abzusprechen). Mit der Re-Ideologisierung ist er weit bis in die Schichten der russischen Gesellschaft vorgedrungen, die zuvor als »neue Mittelschicht« Grund zur Hoffnung einer Zivilisierung Russlands waren.

Die Frage bleibt, ob die jetzige Entwicklung vorhersehbar war. Die Anzeichen waren da, wurden auch von vielen gesehen, aber die allermeisten Akteure und Beobachter (auch ich) gingen, um in Trudoljubows Diktion zu bleiben, davon aus, dass (auch) Putin die Geschichte gewählt habe. Dafür sprachen die beiden Pfeiler seiner Herrschaft, seiner Legitimität: die Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit des russischen Staates durch eine gute Wirtschaftspolitik. Unser Fehler war es vielleicht, diese beiden Teile als Ziele aufzufassen (und vielleicht waren sie das anfangs auch). Heute aber stellt sich heraus, dass die Wirtschaftspolitik (also das sich Kümern um das Wohlergehen der Menschen), immer mehr vom Ziel zum bloßen Mittel wurde.

Während (fast) alle dachten, Putin wage die Annexion der Krim nicht, weil sie Russland (und ihn) »zu teuer« zu stehen kommen werde, ist der russischen Präsident offenbar bereit, diesen (und vielleicht einen noch höheren) Preis für seine Vorstellung von der »Wiederherstellung historischer Gerechtigkeit« zu zahlen. Und wie

es aussieht, ist ein großer Teil der russischen Bevölkerung (trotz Propaganda muss man wohl von einer Mehrheit sprechen) bereit, ihm dabei zu folgen. Wie es aussieht.

Denn entgegen der Erwartung gibt es in weiten Teilen der russischen Bevölkerung keine Euphorie wegen des Anschlusses der Krim. Das heißt nicht, dass viele Menschen dagegen wären. Nein. Die Genugtuung, dass die Krim wieder »unsere« ist, ist sehr weit verbreitet, tief bis in liberale Gesellschaftsschichten hinein. Daher die hohen Zustimmungsraten bei Umfragen. Doch gleichzeitig bleibt bei vielen ein ungutes Gefühl, eine Art innerer Spannung.

Das drückt sich dann in (durchaus bangen) Fragen aus, wie der, ob »die da oben« das wohl alles gut durchdacht und durchplant hätten. Da ist sie wieder, die Frage nach dem Preis. In doppelter Hinsicht. Denn einerseits zeigt sich in diesen Befürchtungen der in der Bevölkerung weit geteilte Imperativ »alles, nur kein Krieg!«. Andererseits mag es aber auch sein, dass größere Teile der russischen Gesellschaft in den vergangenen 25 Jahren doch stärker verwestlicht (wahlweise: postheroischer geworden, in der Moderne angekommen) sind, als es momentan scheint. Dafür spricht auch die angesichts der überbordenden Propaganda hohe Zahl von bis zu einem Drittel der Bevölkerung, die den Anschluss der Krim für falsch hält.

Was tun? Was erwarten? Das größte Problem bleibt herauszufinden, ob Gespräche momentan überhaupt Sinn machen. Dazu muss man sie führen. Aber man muss sie eben in dem Bewusstsein führen, dass sie sinnlos sein könnten, weil es für die russische Seite (noch) nicht um Deeskalation geht, sondern nur darum, den richtigen Zeitpunkt zur weiteren Eskalation zu erwischen. Außerdem, siehe Black Box oben, können wir nicht ausschließen, dass es auch innerhalb der Machte lite erhebliche Differenzen darüber gibt, wie es weiter gehen soll. Das gilt besonders, wenn Putin tatsächlich im Begriff ist, eine Revolution von innen anzuzetteln.

Für die Opposition im Land werden die Zeiten wohl noch schwerer werden. Die Passagen in Putins Anschluss-Rede, in denen er von »National-Verrätern« sprach und einer neuen »fünften Kolonne« sind Signale in die Gesellschaft und an die Sicherheitsdienste. Sollte es wirklich zu einer Art Kulturrevolution kommen, wird das Land wohl erneut in einen isolationistischen Kokon zurückgezogen werden. Der Weg ist schon beschritten. Es fragt sich nur, wie weit er geht.

Diesen und andere Texte finden Sie auf Jens Siegerts Russlandblog <<http://russland.boellblog.org/>>.

ANALYSE

»Grüne Wirtschaft« in Russland – Probleme und Perspektiven

Sergei Bobylev, Renat Perelet, Moskau

Zusammenfassung

Auch in Russland ist man sich der Notwendigkeit für radikale Veränderungen im weltweiten und russischen Entwicklungsmodell bewusst. Der Begriff »grüne Wirtschaft« ist für Russland neu, und er wird praktisch nicht verwendet. Dennoch korrespondieren die für die nächsten zehn bis zwanzig Jahre gesteckten Ziele des Landes in vielem mit denen eines Wechsels zu »grüner« Wirtschaft. Für die Durchsetzung nachhaltiger Entwicklungsziele müssen allerdings beträchtliche Anstrengungen unternommen werden. Diese wären mit radikalen Veränderungen in den umweltintensiven Rohstofftrends der Wirtschaft verbunden. Es wird immer deutlicher, dass sich das auf Rohstoffexporte basierende Modell, wie es sich in Russland herausgebildet hat, erschöpft hat. Eine neue Wirtschaft sollte den Akzent auf eine qualitative und nicht auf eine quantitative Entwicklung setzen. Das Land sollte nicht danach streben, die Menge der gewonnenen und genutzten natürlichen Ressourcen zu steigern und dadurch zusätzlich die Umwelt zu beeinträchtigen. Russland sollte vielmehr die Nutzung der sich bereits im Wirtschaftskreislauf befindenden Rohstoffen und Materialien effizienter gestalten und deren Verluste vermeiden.

Folgen der Wachstumsorientierung

Die verschiedenen Krisen der letzten Zeit machen die mangelnde Nachhaltigkeit des derzeitigen Entwicklungsmodells dieser Welt deutlich. Ein wichtiger Man-

gel dieses Modells besteht in der Verabsolutisierung wirtschaftlichen Wachstums zu Lasten einer Lösung der sozialen und ökologischen Probleme. Die Menschheit versucht neue Entwicklungswege zu finden. Die größte

UNO-Konferenz des bisherigen 21. Jahrhunderts, die Konferenz der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung (»Rio +20«) im Juni 2012, hat die Ergebnisse jener Versuche zusammengefasst, die die Menschheit in den zwanzig Jahren zuvor unternommen hat, um den hergebrachten Entwicklungstypus zugunsten einer nachhaltigen Entwicklung zu verändern. 1992 war in Rio de Janeiro erstmals die dringende Notwendigkeit eines solchen Wandels verkündet worden. Das Gesamtergebnis der zwei Jahrzehnte wurde als leider wenig tröstlich eingeschätzt: Die negativen Tendenzen blieben bestehen und haben sich verstärkt.

In den Berichten und Dokumenten der Vereinten Nationen wird hervorgehoben, dass der Aufbau einer »grünen« Wirtschaft Grundlage für einen Wechsel zu nachhaltiger Entwicklung sei. Der Übergang zu einer neuen Wirtschaft werde in den verschiedenen Ländern auf unterschiedliche Weise erfolgen. In dem Abschlussdokument »Die Zukunft, die wir wollen« der UNO-Konferenz Rio von 2012 wird unterstrichen, dass beim Übergang zu einer »grünen« Wirtschaft jedes Land seinen Ansatz gemäß den eigenen nationalen Plänen, Strategien und Prioritäten der nachhaltigen Entwicklung wählen kann; es dürfe hier kein starres Regelwerk geben (http://www.umwelt.nrw.de/umwelt/pdf/rio20_abschlussbericht_2012_uebersetzung.pdf).

»Grüne Wirtschaft« in Russland

Auch in Russland ist man sich der Notwendigkeit für radikale Veränderungen im weltweiten und russischen Entwicklungsmodell bewusst. Ministerpräsident Medwedew, der Russland auf der Konferenz in Rio repräsentierte, unterstrich, dass »Gesellschaft, Wirtschaft und Natur nicht zu trennen sind. Gerade deshalb auch brauchen wir ein neues Entwicklungsparadigma, damit das Wohlergehen der Gesellschaft ohne übermäßigen Druck auf die Natur gewährleisten kann. Die Interessen der Wirtschaft auf der einen Seite und die Bewahrung der Natur auf der anderen müssen ausbalanciert werden und langfristig ausgerichtet werden. Hierzu ist innovatives Wachstum vonnöten und das Wachstum einer energieeffizienten, so genannten »grünen« Wirtschaft, das zweifellos allen Ländern zu Gute kommt« (Dmitrij Medwedew am 21. 06. 2012 in Rio de Janeiro; <http://premier.gov.ru/news/4759>).

Für Russland ist der Begriff »grüne Wirtschaft« neu, und er wird in offiziellen Dokumenten praktisch nicht verwendet. Dennoch korrespondieren die für die nächsten zehn bis zwanzig Jahre gesteckten Ziele des Landes in vielem mit denen eines Wechsels zu »grüner Wirtschaft«. Das spiegelt sich in der für die Zukunft skizzierten allgemeinen Ressourcen- und Umweltpolitik sowie den vorhandenen rechtlichen und wirtschaftlichen Instrumenten wieder. Die gegenwärtige Hauptaufgabe der Wirtschaft Russlands, wie sie in den grund-

legenden Dokumenten zur mittel- und langfristigen Entwicklung des Landes erkennbar ist, liegt in einer Abkehr vom rohstoffbasierten Wirtschaftsmodell. Diese Aufgabe ist auch im Konzept von »grüner Wirtschaft« zentral. Deren Ziele sind mehrheitlich in die wichtigsten konzeptionellen Papiere aufgenommen worden: u. a. in die »Konzeption für die langfristige Entwicklung des Landes« (2008), die »Strategie für die langfristige Entwicklung des Landes« (2012) und die »Grundlagen der staatlichen Politik im Bereich der Umweltentwicklung der Russischen Föderation bis 2030, bestätigt vom Präsidenten der Russischen Föderation« (2012).

Notwendigkeit nachhaltigen Wirtschaftens

Für die Umsetzung nachhaltiger Entwicklungsziele müssen beträchtliche Anstrengungen unternommen werden. Die wären mit radikalen Veränderungen in den umweltintensiven Rohstofftrends der Wirtschaft verbunden, die eine ausnehmend starke Inertion angenommen haben. Es wird immer deutlicher – und die Krise hat das bestätigt –, dass sich das auf Rohstoffexporte basierende Modell, wie es sich in Russland herausgebildet hat, erschöpft hat. Das Entstehen umweltschädlicher Entwicklungen geht in vielerlei Hinsicht auf die umweltintensive Umstrukturierung der Wirtschaft in den 1990er Jahren zurück, die zu Gunsten der Rohstoff- und umweltschädigenden Branchen erfolgte. Die »Verschwerung« der Wirtschaftsstruktur in Russland wurde auch durch die hohen Preise für Energieträger befördert, durch die Preissteigerungen bei Öl und Rohstoffen in den 2000er Jahren. Insgesamt hat eine erhebliche Verschiebung in Richtung der umweltintensiven Branchen stattgefunden. Präsident Putin hat das Resultat dieser Tendenzen als »umfangreiche Entindustrialisierung« bezeichnet (Putin, W. W.: O naschich ekonomitscheskich sadatschach, in: Wedomosti, 30. 01. 2012; http://www.vedomosti.ru/politics/news/1488145/o_nashih_ekonomicheskikh_zadachah). In anderen Teilen der Welt sind entgegengesetzte Tendenzen zu beobachten gewesen: In der überwiegenden Mehrheit der entwickelten OECD-Staaten und der Staaten mit Transformationswirtschaften war in den 1990er und 2000er Jahren eine Verringerung des Anteils der rohstofffördernden und höchst umweltintensiven Branchen an der Gesamtwirtschaft zu beobachten. In Russland sind die umweltschädigenden Strukturveränderungen durch die Krise verschärft worden, bei der vor allem die rohstoffexportierenden Branchen überlebten.

Eine neue Wirtschaft?

Somit stellt sich notwendigerweise die Frage der zukünftigen Entwicklung des Landes. Die Antwort hierauf wird dann auch die Maßnahmen bestimmen, die zu treffen sind. Angesichts der in der Wirtschaft bestehenden

Ansätze und der gegenwärtigen anti-nachhaltigen Tendenzen könnte sich die Wirtschaft in Russland endgültig in eine Rohstoffwirtschaft verwandeln, die die Umwelt ausbeutet und sich an der Peripherie der weltweiten Entwicklung wiederfindet; in eine Wirtschaft mit spärlicher werdenden natürlichen Ressourcen, die unter jedem noch so geringen Rückgang des Ölpreises leiden würde. Der geringe Export durch die verarbeitende Industrie verweist angesichts des enormen Imports von Fertigungsanlagen auf die wachsende technologische Abhängigkeit Russlands von den entwickelten Ländern. Das kann die wirtschaftliche Verwundbarkeit des Landes erhöhen. Hier liegt ein wichtiger Grund für eine möglichst baldige, umfassende Modernisierung des Landes.

Eine neue Wirtschaft sollte den Akzent auf eine qualitative und nicht auf eine quantitative Entwicklung setzen. Das Land sollte nicht danach streben, die Menge der gewonnenen und genutzten natürlichen Ressourcen zu steigern und dadurch zusätzlich die Umwelt zu beeinträchtigen. Russland sollte vielmehr die Nutzung der sich bereits im Wirtschaftskreislauf befindenden Rohstoffen und Materialien effizienter gestalten und deren Verluste vermeiden. Das Land verfügt über riesige natürliche Ressourcen, die für die Modernisierung eine Rolle spielen. Allein an Energieressourcen ließe sich fast die Hälfte einsparen, was in der offiziellen Energiewirtschaftlichen Strategie der Russischen Föderation bis 2030 unterstrichen wird. Es sollte daher nicht quantitativen Parametern nachgejagt werden, seien es nun Kostendaten (BIP etc.) oder physische Mengen (Öl, Gas, Metalle usw.). Die quantitativen Orientierungspunkte von wirtschaftlichem Wachstum, einem Anstieg des BIP, müssen einem Bewusstsein für die Bedeutung einer Sicherung der sozialen und ökologischen Qualität von Wachstum untergeordnet werden.

In Russland fallen die Ansatzlinien für eine innovative, sozial orientierte Wirtschaft und für eine ökologisch nachhaltige Entwicklung in den kommenden Jahren praktisch zusammen. Allein die Notwendigkeit einer radikalen Steigerung der Energieeffizienz (um 40 % bis 2020), die enorme Umwelteffekte hätte, ist hierfür ein Beispiel. Daher sollte in den kommenden zehn bis zwanzig Jahren eine Politik des »doppelten Gewinns« zum Prinzip der Sozial- und Wirtschaftspolitik und zur Grundlage der Umweltpolitik werden.

Die Möglichkeiten dramatischer Einsparungen von natürlichen Ressourcen machen die Ausarbeitung und Umsetzung einer effizienten Technologiepolitik erforderlich, was sich in dem praktischen Einsatz wissenschaftlich-technischer Entwicklungen bei Verfahren, Produkten und Dienstleistungen niederschlagen sollte. Das setzt unter anderem in absehbarer Zukunft den Übergang zu einer Politik der so genannten »besten ver-

fügbaren / bestehenden Technologien«. Diese Politik hat bereits in der Europäischen Gemeinschaft ihre Effizienz gezeigt. Das Ministerium für natürliche Ressourcen und Umweltschutz Russlands hat der Staatsduma einen entsprechenden Gesetzesentwurf über beste verfügbare Technologien vorgelegt.

Übergang zu einer »grünen Wirtschaft«?

Für den Übergang zu einer »grünen Wirtschaft« in Russland wird ein langer Zeitraum der wirtschaftlichen Transformation und Modernisierung erforderlich sein sowie strukturelle und technologische Veränderungen und der Aufbau eines neuen Wirtschaftsmodells. In diesem Zusammenhang sind die Kostenreduzierung eines solchen Wandels und eine effizientere Nutzung natürlicher Ressourcen eine wichtige Aufgabe. Hier lassen sich zwei Richtungen ausmachen. Zum einen muss die Wirksamkeit der staatlichen Regulierung bei der Gewinnung und dem Einsatz natürlicher Ressourcen verstärkt werden. Mit Hilfe wirtschaftlicher und rechtlicher Instrumente (Steuern, Abgaben, Tarifpolitik, Strafen, Einhaltung der Vorschriften und Standards etc.) muss das Prinzip »der Verschmutzer (Verursacher) zahlt« in der Praxis umgesetzt werden – als Gegensatz zu der gegenwärtigen rein formalen Gültigkeit dieses Prinzips. Zweitens kann in der Übergangszeit die Schaffung eines Wettbewerbsklimas, die Erhöhung der Konkurrenz zwischen den Erzeugern und die Abkehr vom heute vorwiegenden Monopolismus in der Energiewirtschaft und der Wirtschaft insgesamt eine wichtige positive Rolle spielen. Der paradoxe Umstand, dass in manchen Zeiträumen das Benzin in Russland mehr kostet als in den Öl importierenden USA, zeugt von der Monopolisierung des Marktes. Der WTO-Beitritt Russlands bedeutet insgesamt eine Förderung des Wettbewerbs.

Für den Übergang zu einer »grünen« Wirtschaft und einer »Ökologisierung« der Wirtschaftspolitik in Russland lassen sich die Prioritäten folgendermaßen formulieren: Es sollten keine verstärkte Nutzung der natürlichen Ressourcen erfolgen, da diese begrenzt sind und ihr verstärkter Einsatz zu einer zusätzlichen Belastung der Ökosysteme, zu einem Schwund des natürlichen Kapitals und zu weiterer Umweltverschmutzung führt. Durch Investitionen in einen ressourcenschonenden strukturellen Umbau, durch einen radikalen Wandel der technologischen Basis, durch Ökologisierung und Verringerung der Umweltintensität wird gleichzeitig das natürliche Kapital geschont und die Kosten für die Beseitigung negativer Umweltfolgen technikbedingten wirtschaftlichen Wachstums in Zukunft minimiert. Das könnte das BIP – bei einem Rohstoffeinsatz und einer Ausbeutung des natürlichen Kapitals auf heutigem Niveau – um das zwei- bis drei-

fach wachsen und die Umweltverschmutzung zurückgehen lassen.

Russland kann viel zu nachhaltiger Entwicklung und »grüner Wirtschaft« in der Welt beitragen. Zu nennen ist das riesige natürliche Kapital des Landes und dessen äußerst wichtige Leistungen für das Ökosystem, die die Stabilität der Biosphäre befördern und der gesamten Menschheit wirtschaftlichen Nutzen zeitigen. Riesige von wirtschaftlicher Tätigkeit unberührte Gebiete, kolossale Wald-, Gewässer- und Moorlandschaften, Süßwasservorräte und das Potenzial der Artenvielfalt, all das stellt einen äußerst wichtiger Beitrag zum Aufbau einer neuen Wirtschaft in der Welt dar. Russland kann vollauf als ökologischer Spender der Planeten bezeich-

net werden. Das Land sollte eine zunehmend aktivere Rolle bei der Ökologisierung der globalen wirtschaftlichen Entwicklung spielen, sollte versuchen, hieraus wirtschaftliche Vorteile zu ziehen und seinen Status als ökologischer Spender zu Kapital zu machen. Von diesen Möglichkeiten ist unter anderem in der erwähnten Konzeption für eine langfristige Entwicklung von 2008 die Rede. In diesem Zusammenhang ist die Koordinierung der nationalen Politik mit Internationalen Organisationen von großer Bedeutung, insbesondere im Rahmen der WTO; ebenso die Integrierung der Prinzipien internationaler Abkommen in die rechtlichen Grundlagen sowie die wirtschaftlicher Entscheidungen in der Praxis.

Übersetzung: Hartmut Schröder

Über die Autoren

Sergei Bobylev ist Professor an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Moskauer Staatlichen Universität (MGU) und Leiter des Zentrums für Bioökonomie und ökonomische Innovationen an der MGU. Von 2000–2013 war er Chefredakteur des Berichts über die Menschliche Entwicklung in der Russischen Föderation für das UNDP.

Renat Perelet ist leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Systemanalysen der Russischen Akademie der Wissenschaften, tatsächliches Mitglied der Russischen Ökologischen Akademie und Mitglied des Obersten Rates für Ökologie der Staatsduma. Er war prominenter Berater Internationaler Organisationen. Zu seinen Veröffentlichungen gehört u. a. *Economics and Environment. An English–Russian Dictionary*, Harvard University / OECD, 1996.

Lesetipp

Dieser Beitrag und der folgende von Georgij Safonov stammen aus dem Band »Bobylev, Sergei, Renat Perelet (eds.): Sustainable Development in Russia«, Berlin / St. Petersburg, 2013, 203 S., der Fragen des Umwelt- und des Klimaschutzes umfassend behandelt. Der Band kann auf der Seite des Deutsch-Russischen Austauschs unentgeltlich heruntergeladen werden: <http://www.austausch.org/fileadmin/user_upload/veroeffentlichungen/SustainableRussia_WEB.pdf>.

ANALYSE

Klimawandel und Wirtschaftswachstum in Russland

Georgij Safonow, Moskau

Zusammenfassung

In Russland stellt sich der Klimawandel noch dramatischer dar als in anderen Ländern. Die durchschnittliche Rate des Anstiegs der Lufttemperatur betrug in Russland zwischen 1976 und 2012 mehr als das Doppelte des analogen Wertes für den globalen Temperaturanstieg. Die Konsequenzen für die russische Wirtschaft sind erheblich. Es drohen Schäden durch extreme oder gefährliche Naturerscheinungen in Höhe von jährlich 2 % des russischen BIP. Die Aussagen über die Folgen für die Landwirtschaft sind widersprüchlich: einige Experten gehen davon aus, dass der Klimawandel günstige Auswirkungen haben wird, andererseits wird auch darauf hingewiesen, dass sich die Ernteerträge bei ariden Szenarien um neun bzw. siebzehn Prozent verringern würden. Allerdings wird das Problem des Klimawandels in der Politik und der Bevölkerung nicht ernst genommen. Die Klimapolitik Russlands ist denn auch ambivalent: Sie besteht auf dem Papier, doch wird sie praktisch nicht umgesetzt.

Klimawandel in Russland

Die Klimaveränderungen betreffen alle Länder der Erde und führen zu stetig zunehmenden Schäden, die gegenwärtig auf Hunderte Milliarden US-Dollar jähr-

lich geschätzt werden, und zukünftig, bis 2100, auf 20 % des globalen Brutto Produkts ansteigen könnten (Stern, Nicholas: *The Economics of Climate Change*. The Stern Review, Cambridge, January 2007.).

In Russland stellt sich der Klimawandel noch dramatischer dar. Über die vergangenen hundert Jahre (von 1907 bis 2006) hat den Daten des Föderalen Dienstes für Hydrometeorologie und Umweltmonitoring (»Rosgidromet«) zufolge die Erwärmung, auf ganz Russland bezogen, 1,29° Celsius betragen, während die globale Erwärmung über die letzten 150 Jahre im Schnitt bei 0,74° lag (IPCC: Vierter Sachstandsbericht, Klimawandel, 2007). Die durchschnittliche Rate des Anstiegs der Lufttemperatur betrug in Russland von 1976 bis 2012 alle zehn Jahre 0,43° Celsius; das ist mehr als das Doppelte des analogen Wertes für den globalen Temperaturanstieg (S. den »Bericht über klimatische Besonderheiten auf dem Gebiet der Russischen Föderation für das Jahr 2012«, veröffentlicht 2013 von Rosgidromet [russ.], S. 6). In vielen Regionen ist ein erheblich stärkerer Anstieg zu beobachten. In Barnaul (Südibirien) ist seit 1838 ein Temperaturanstieg von über 3,5 ° Celsius festgestellt worden. Ein besonders rasanter Temperaturanstieg ist in den nördlichen Regionen des Landes zu beobachten, wo dieser bis 2100 über 7–8 ° Celsius betragen könnte (<<http://voeikovmgo.ru/izmenenie-klimata-v-rossii-v-xxi-veke>>).

Die Folgen des Klimawandels

Zu den gefährlichsten Folgen des Klimawandels gehören Überschwemmungen, das Abschmelzen und Verschwinden der Gletscher, Erdbeben und Muren, Dürreperioden, Hitze- und Kältewellen, ein Ansteigen des Meeresspiegels und Überflutung der Küstengebiete, Ausbreitung von Krankheiten sowie der Lebensareale von Insekten, die Krankheiten übertragen (von Zecken übertragene Frühsommer-Meningoenzephalitis (FSME), Malaria, Lyme-Borreliose etc.).

Die Daten von »Rosgidromet« zeigen eine steigende Häufigkeit von gefährlichen hydrometeorologischen Erscheinungen im Land. Über die gesamte Aufzeichnungsperiode war 2012 – ebenso wie das letzte Jahrzehnt – mit 469 großen Gefahrenlagen ein Rekordjahr.

Eine der »strittigen« Fragen zur Rolle des Klimawandels betrifft die Landwirtschaft. Recht weit verbreitet ist die Meinung, dass die vor sich gehenden Veränderungen günstig für die Agrarproduktion seien. Das trifft zum Teil zu: nach Einschätzung des »Allrussischen Forschungsinstituts für landwirtschaftliche Meteorologie« (WNIISChM) ist die klimabedingte Ertragsrate der Getreidekulturen in den letzten zwanzig Jahren gestiegen. Die Dürren von 2010 und 2012 jedoch, bei denen der Schaden durch Missernten über 300 Milliarden Rubel lag widerlegen diese Ansicht der »Positivisten« (S. Safonow, G. W., Ju. A. Safonowa: *Ekonomitscheskij Analis wlijanija ismenenija klimata na selskoje chosjajstwo Rossii: nazionalnyje i*

regionalnyje aspekty, Moskau: Oxfam, 2013; <<http://www.oxfam.ru/papers/11>>). Die Prognosen bis 2030 und 2050 lassen keinen Zweifel an einer notwendigen Anpassung der Branche an die Folgen des Klimawandels: Bei ariden Szenarien würden sich die Ernteerträge um neun bzw. siebzehn Prozent verringern (<<http://www.agromet.ru/index.php?id=77>>).

Eine Reihe von Fachautoren hat unter der Ägide von »Rosgidromet« eine eingehende wissenschaftliche Analyse der Auswirkungen des Klimawandels auf die gesamte Wirtschaft sowie auf einzelne Branchen bis 2030 und darüber hinaus vorgelegt (<<http://voeikovmgo.ru/>>). Trotz der recht konservativen Annahmen schätzen die Autoren dieses Werkes den Schaden durch extreme oder gefährliche Naturerscheinungen aufgrund des Klimawandels auf jährlich 2% des russischen BIP und für einige Föderationssubjekte sogar auf bis zu 5% der regionalen Wirtschaftsleistung. Die Autoren sind auch der Ansicht, dass »ungefähr zum Jahr 2030 klimatische Barrieren entstehen könnten, die das Wirtschaftswachstum bremsen«, da bereits 2011 »Anzeichen solcher Barrieren deutlich wurden«. Ungeachtet der Fülle wissenschaftlicher Informationen ist in Russland die Haltung zum Problem des Klimawandels zurückhaltend. In der Bevölkerung entsteht Besorgnis lediglich dann, wenn Kataklismen der Natur auftreten, etwa die Hitzewelle und die Torfbrände 2003 im zentralen Teil des europäischen Russlands, die Waldbrände 2010 und 2012 oder die Dürre in den landwirtschaftlichen Gebieten des Landes in den Sommern 2010 und 2012.

Probleme der russischen Klimapolitik

Die Orientierung auf kohlenstoffintensives Wirtschaftswachstum führt dazu, dass globale Entwicklungstendenzen in der Wirtschaft ignoriert werden, in erster Linie der Boom in den Branchen der »grünen Wirtschaft«, der nach Ansicht vieler Experten eine Triebkraft der Modernisierung und Entwicklung der weltweiten Wirtschaft im 21. Jahrhundert darstellt. In den Bereichen erneuerbare Energien, Erhöhung der Energieeffizienz, Abfall-, Wasser- und Bodenvirtschaft nach den Prinzipien ökologisch nachhaltiger Entwicklung hat Russland bislang wenig Erfolge vorzuweisen, anders als Deutschland, Großbritannien, die USA, Japan oder andere Staaten.

Möglicherweise liegt das Problem für die Regierung in der Schwierigkeit, die Klimapolitik administrativ umzusetzen. Schließlich sind hier wirtschaftliche, energiewirtschaftliche, ökologische und gesundheitspolitische Fragen sowie solche der regionalen Entwicklung und der internationalen Politik miteinander verknüpft.

Hieraus folgt wohl auch die diffuse öffentliche Meinung zu Klimafragen in den staatlichen Medien, ebenso

der komplizierte Charakter und die äußerst geringe Produktivität der Entscheidungen zu Klimathemen sowie die Zurückhaltung bei den internationalen Verhandlungen zum Klimaschutzrahmenabkommen der Vereinten Nationen und dem Kyoto-Protokoll.

Gleichwohl ist festzuhalten, dass in Russland formal eine Politik zum Thema Klimawandel besteht. Die allgemeinen Prinzipien und Aufgaben dieser Politik sind in der »Klimadoktrin der Russischen Föderation« von 2009 und im Plan zu deren Umsetzung von 2011 formuliert; in letzterem sind die Aufgaben und Fristen ihrer Umsetzung sowie die zuständigen Ministerien festgelegt worden. Russland beteiligt sich recht aktiv an Forschungsprogrammen zum Klimaproblem, leistet einen Beitrag zur Arbeit der Weltorganisation für Meteorologie (WMO), der Zwischenstaatlichen Sachverständigengruppe über Klimaveränderungen (IPCC / »Weltklimarat«) und anderer Gremien. Hinsichtlich der internationalen Prozesse unterstützt Russland – als Teilnehmerstaat des Klimaschutzrahmenabkommens, des Kyoto-Protokolls, als Beteiligte an den Verhandlungen über ein neues Klimaabkommen – die Initiativen unter der Ägide der G 8 oder der G 20.

Ansätze zu einer modernen Klimapolitik?

Auf den ersten Blick ist alles richtig, gibt es in Russland alle charakteristischen Elemente für eine moderne Klimapolitik. Dieser Eindruck ändert sich jedoch drastisch, wenn die Lage aus Sicht der *Ergebnisse*, und nicht der *Deklamationen* und *ergangenen Beschlüsse* betrachtet wird.

Hierzu einige Beobachtungen:

- Nach anhaltender Erörterung von über anderthalb Jahren ist am 30. September 2013 der Erlass des Präsidenten »Über eine Reduzierung der Treibhausgase« erging, der als Ziel bis 2020 höchstens 75 % des Emissionsniveaus von 1990 formuliert. Die Regierung beabsichtigt, im März 2014 einen Plan zur Umsetzung dieses Erlasses zu verabschieden. Diese überfälligen Beschlüsse werden in Expertenkreisen begrüßt, erfordern zu ihrer Umsetzung aber nicht unerhebliche Anstrengungen. Und Finanzmittel sind für diesen Plan nicht vorgesehen.
- In die Effizienzkriterien für die Politik des Staates und dessen Maßnahmen sind keine Daten zu den Treibhausgasemissionen aufgenommen worden; auch für die Unternehmensberichte sind sie nicht verpflichtend. Das bedeutet, die Entscheidung für eine Politik, ein Programm oder ein Investitionsprojekt wird durch keinerlei Überlegungen zur CO₂-Reduzierung bestimmt.
- Es bestehen in Russland keine zielgerichteten Mechanismen zur Förderung von Projekten und Technologien zur Reduzierung von CO₂-Emissionen. Der

Zugang zum globalen CO₂-Markt mit einem Umsatz von über 150 US-Dollar ist nach 2012 versperrt. In Russland sind keine Alternativen zu den Flexibilitätsmechanismen des Kyoto-Protokolls geschaffen worden.

- Die Maßnahmen der Branchen und Regionen zu Anpassung an die Klimaveränderungen sind von stückwerkartigem, nicht systematischem Charakter. So wurden 2010 nach den großen Waldbränden über 15 Milliarden Rubel für Geräte zur Bekämpfung von Waldbränden bewilligt. 2010 und 2012 wurden nach den Dürren, die einen großen Teil der landwirtschaftlichen Ernte vernichteten, milliardenschwere Subventionen an die betroffenen Agrarerzeuger bewilligt. 2013 hatten im Fernen Osten Russlands Hunderttausende unter den Überschwemmungen im Amurgebiet zu leiden. Gleichwohl gibt es keine Anpassungsstrategie.

Risiken des Klimawandels

Welche konkreten Risiken sind in Russland zu beobachten und wer zahlt dafür? Einige Beispiele.

Die Agrarerzeuger. 2010 und 2012 kam es zu beispiellosen Dürren. Die Schäden durch Ernteauffälle (und Qualitätsverluste beim Getreide) lagen bei über 300 Milliarden Rubel. Die Verschuldung der Landwirtschaftsunternehmen des Landes ist auf über 1,7 Billionen Rubel angewachsen! Gleichzeitig sind die Getreidepreise in den letzten drei Jahren in etlichen Schritten um ein Vielfaches gestiegen. Im Grunde hat die Bevölkerung die durch die Ernteauffälle entstandenen Verluste über einen Anstieg der Brotpreise kompensieren müssen.

Die Forstwirtschaft. Waldbrände, Krankheiten und Schädlinge fügen den Forstunternehmern ernstliche Schäden zu. Bei einer Pacht von Forstabschnitten riskieren die Unternehmen nicht nur den Verlust stehender wirtschaftlich verwertbarer Holzbestände, sondern haben auch im Fall von Waldbränden erhebliche Schäden zu tragen. Die Schulden der Forstunternehmen nehmen beharrlich zu und betragen bereits Dutzende Milliarden Rubel.

Die Bevölkerung. Der Sommer 2010 hat in Zentralrussland durch die anhaltende Hitzewelle in Kombination mit dem Rauch der Wald- und Torfbränden und der Verschmutzung der erdnahen Atmosphäre Tausende Menschenleben gefordert. Die Lebensgebiete von Insekten, die gefährliche Krankheiten wie die von Zecken übertragene Frühsommer-Meningoenzephalitis (FSME) oder Malaria verbreiten, breiten sich aus. Während der Frühjahrshochwasser wiederholen sich Tragödien wie jene in Lensk, Krimsk oder am Amur.

Insgesamt lässt sich die Klimapolitik Russlands als ambivalent bezeichnen: Sie besteht auf dem Papier, in Form von Beschlüssen, Verordnungen, Erlassen, doch

werden bisher keinerlei wesentliche, systematische Maßnahmen zur Umsetzung dieser Politik unternommen. Die bestehenden Strategien konservieren praktisch die gegenwärtigen Entwicklungstendenzen des Landes für 30 bis 40 Jahre, demotivieren Behörden und Wirtschaft bei einer Bewegung hin zu »grüner« Wirtschaft und kohlenstoffarmen Technologien. Russland verbleibt jenseits der modernen Trends zu Ökologisierung und klimaneutraler Entwicklung.

Bei wachsenden Risiken und zunehmenden tatsächlichen Schäden, von denen die Bevölkerung und

die Wirtschaft wegen klimatischer Anomalien betroffen sind, und auch durch einen Verlust der Konkurrenzfähigkeit auf den Märkten der entwickelten Länder, könnten in Russland wirksamere Stimuli zu einer aktiveren Klimapolitik sowie einer konstruktiven Zusammenarbeit mit der Weltgemeinschaft entstehen. Bislang jedoch... gilt in Russland folgendes Sprichwort: Solang es nicht donnert, bekreuzigt sich der Bauer nicht.

Übersetzung: Hartmut Schröder

Über den Autor

Georgij Safonow ist Direktor des Zentrums für Umweltwirtschaft und natürliche Ressourcen an der Higher School of Economics, Moskau.

Lesetipp:

Dieser Beitrag und der vorherige von Sergei Bobylev und Renat Perelet stammen aus dem Band »Bobylev, Sergei, Renat Perelet (eds.): Sustainable Development in Russia«, Berlin / St. Petersburg, 2013, 203 S., der Fragen des Umwelt- und des Klimaschutzes umfassend behandelt. Der Band kann auf der Seite des Deutsch-Russischen Austauschs unentgeltlich heruntergeladen werden: <http://www.austausch.org/fileadmin/user_upload/veroeffentlichungen/SustainableRussia_WEB.pdf>.

DOKUMENTATION

Über den Umweltschutz in Russland

Tabelle 6: Umweltindikatoren: Grundlegende Indikatoren für die Einwirkungen von Wirtschaftstätigkeiten auf Umwelt und Naturressourcen

	1992	2000	2005	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Wasserentnahme aus natürlichen Gewässern, in Mrd. m ³ (*)	99,6	75,9	69,3	69,6	69,5	64,7	71,7	68,4	...
Beseitigung von Schmutzwasser, in Mrd. m ³ (*)	27,1	20,3	17,7	17,2	17,1	15,9	16,5	16	...
Ausstoß verschmutzter Substanzen in die Atmosphäre von stationären Quellen, in Mio. t (**)	28,2	18,8	20,4	20,6	20,1	19	19,1	19,2	19,6
Aufkommen von Industrie- und Siedlungsabfällen, in Mio. t (***)	...	128	3.036	3.899	3.877	3.505	3.735	4.303	5.008

*) Nach Angaben der Föderalen Behörde für Wasserressourcen »Roswodoressursow«

**) für 2012 unter Berücksichtigung von selbständigen Unternehmern

***) für 2012 – toxische Abfälle; ab 2005 – Industrie- und Siedlungsabfälle; 2005, 2007–2009 nach Angaben der Föderalbehörde für Technikkontrolle »Rostekhnadzor«, ab 2010 Angaben der Föderalbehörde für Naturkontrolle »Rosprirrodnadzor«

Quelle: Rosstat: Rossijskaja zifrach. 2013. Kapitel 4 (Ochrana okruščajuschtschej sredy / Umweltschutz), S. 81–86.

Tabelle 7: Ausstoß verschmutzter Substanzen in die Atmosphäre von stationären Quellen in einer Reihe russischer Städte mit den ungünstigsten Umweltbedingungen, in Tausend Tonnen (absteigend für das Jahr 2012 sortiert)

	2011	2012
<i>Russland (in Mio. t.)</i>	<i>19,2</i>	<i>19,6</i>
Norilsk	1.954,5	1.949,6
Nowokuznetsk	311,4	291,5
Magnitogorsk	230,7	230,0
Krasnojarsk	140,1	146,3
Nizhnij Tagil	115,4	127,0
Nowocherkassk	83,8	123,2
Bratsk	117,6	119,8
Moskau 1)	61,2	71,6
Irkutsk	70,6	66,8
Volzhskij	53,2	50,2
Atschinsk	44,4	44,6
Tschita	43,6	37,7
Zarinsk	39,1	34,3
Belojarsk	26,0	23,9
Tschernogorsk	15,2	13,0
Lesosibirsk	12,7	12,8
Nerjungri 2)	9,3	12,0
Dzerzhinsk	12,0	11,7
Süd-Sachalin	16,3	11,4
Iwanowo	8,0	7,3
Solokamsk	5,9	5,8
Nowotscheboksarsk	2,9	3,2
Minusinsk	1,1	1,5
Zima	1,3	1,2
Raduzhnyj	0,4	0,4

Deutliche Verschlechterung im Jahr 2012 in *rot*, Verbesserung in *grün*

Die Liste bezieht sich auf Städte, die 2011 von der Föderalbehörde für Hydrometeorologie und Umweltüberwachung »Rosgidromet« in ein Monitoring-Netz zu Luftqualität unter Industriezentren mit besonders hohen Luftverschmutzungswerten aufgenommen wurden.

2012 werden die Schadstoffausstöße von selbständigen Unternehmen berücksichtigt

1) Angaben zu Moskau berücksichtigen die Erweiterung der Stadtgrenze zum 1. Juli 2012 gemäß der Anordnung des Föderationsrates vom 27.12.2011 mit der Nr. 560-SF

2) Angaben zu Nerjungri Berücksichtigen nicht untergeordnete Gebiete

Quelle: Rosstat: Rossija w zifrach. 2013. Kapitel 4 (Ochra-na okruschajuschtschej sredy / Umweltschutz), S. 81–86.

Tabelle 8: Konsolidierter Haushalt der Russischen Föderation sowie der Föderationssubjekte, 2003–2013 (Realisierte Haushaltsausgaben des föderalen sowie der regionalen Haushalte, in Rubel)

		Ausgaben gesamt	Im % zum Vorjahr	Ausgaben für Umweltschutz	In % zu den Gesamtausgaben
2013	Föderalhaushalt	13.342.902.640.972,30	103,47 %	24.258.435.538,60	0,18 %
	Konsolidierte Haushalte der Föderationssubjekte	8.806.673.026.763,74	105,56 %	24.753.017.191,13	0,28 %
2012	Föderalhaushalt	12.894.986.746.668,40	118,03 %	22.493.598.409,42	0,17 %
	Konsolidierte Haushalte der Föderationssubjekte	8.343.182.977.501,04	108,65 %	21.784.176.074,53	0,26 %
2011	Föderalhaushalt	10.925.617.418.337,40	107,99 %	17.561.093.019,20	0,16 %
	Konsolidierte Haushalte der Föderationssubjekte	7.679.121.698.425,70	115,70 %	24.017.657.714,50	0,31 %
2010	Föderalhaushalt	10.117.454.466.577,40	104,73 %	13.471.854.288,30	0,13 %
	Konsolidierte Haushalte der Föderationssubjekte	6.636.900.730.414,01	106,09 %	14.854.572.666,87	0,22 %
2009	Föderalhaushalt	9.660.061.013.630,65	127,59 %	13.040.558.847,85	0,13 %
	Konsolidierte Haushalte der Föderationssubjekte	6.255.717.005.452,36	100,04 %	16.534.069.155,42	0,26 %

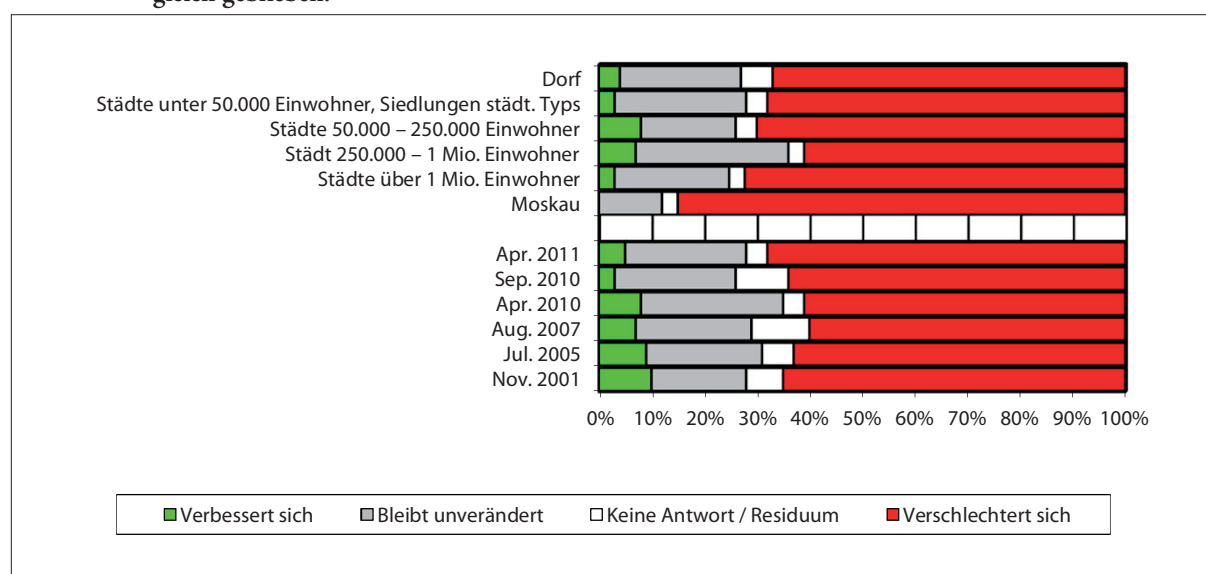
Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 8: Konsolidierter Haushalt der Russischen Föderation sowie der Föderationssubjekte, 2003–2013 (Realisierte Haushaltsausgaben des föderalen sowie der regionalen Haushalte, in Rubel) (Fortsetzung)

		Ausgaben gesamt	Im % zum Vorjahr	Ausgaben für Umweltschutz	In % zu den Gesamtausgaben
2008	Föderalhaushalt	7.570.878.923.973,37	126,46 %	10.172.545.941,53	0,13 %
	Konsolidierte Haushalte der Föderationssubjekte	6.253.147.821.220,99	130,53 %	21.055.387.538,35	0,34 %
2007	Föderalhaushalt	5.986.561.831.385,53	139,72 %	8.199.713.005,86	0,14 %
	Konsolidierte Haushalte der Föderationssubjekte	4.790.481.005.036,89	130,97 %	18.288.613.814,60	0,38 %
2006	Föderalhaushalt	4.284.803.300.230,76	121,92 %	6.642.021.311,02	0,16 %
	Konsolidierte Haushalte der Föderationssubjekte	3.657.754.740.694,60	124,36 %	16.671.397.424,18	0,46 %
2005	Föderalhaushalt	3.514.347.654.116,14	130,22 %	4.746.579.894,40	0,14 %
	Konsolidierte Haushalte der Föderationssubjekte	2.941.156.652.526,08	123,94 %	17.016.962.106,62	0,58 %
2004	Föderalhaushalt	2.698.867.163.000,00	114,43 %	12.615.888.000,00	0,47 %
	Konsolidierte Haushalte der Föderationssubjekte	2.372.985.970.000,00	119,59 %	6.702.339.000,00	0,28 %
2003	Föderalhaushalt	2.358.546.300.000,00		11.355.520.000,00	0,48 %
	Konsolidierte Haushalte der Föderationssubjekte	1.984.252.343.000,00		7.803.393.000,00	0,39 %

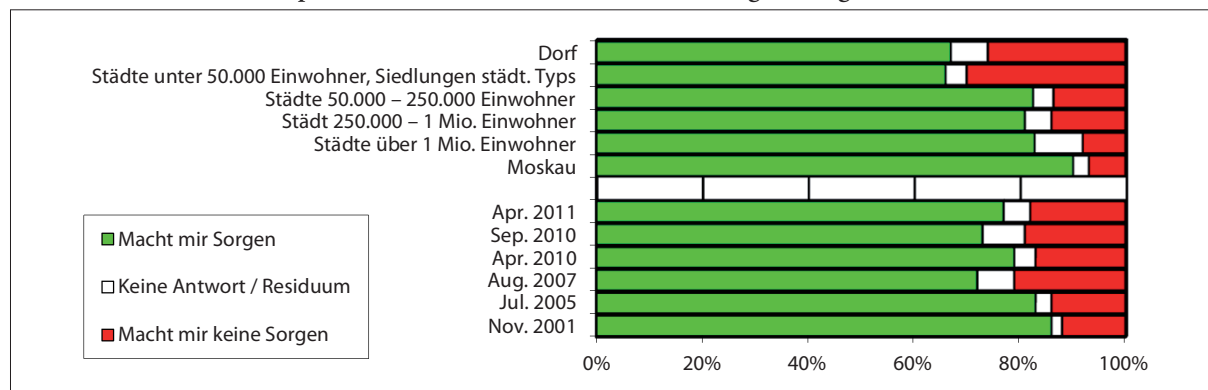
Quelle: *Federalnoe kasnatschejstwo (Föderaler Rechnungshof): Informazija ob ispolnenii konsolidirovannogo bjudzscheta RF (Information über die Verwendung des konsolidierten Haushaltes der Russischen Föderation)*, unter: <<http://www.roskazna.ru/konsolidirovanogo-byudzheta-rf/>>. Letzter Zugriff am 25.03.2014.

Grafik 17: Hat sich der Umweltzustand in Russland in den letzten Jahren verbessert, verschlechtert oder ist er gleich geblieben?



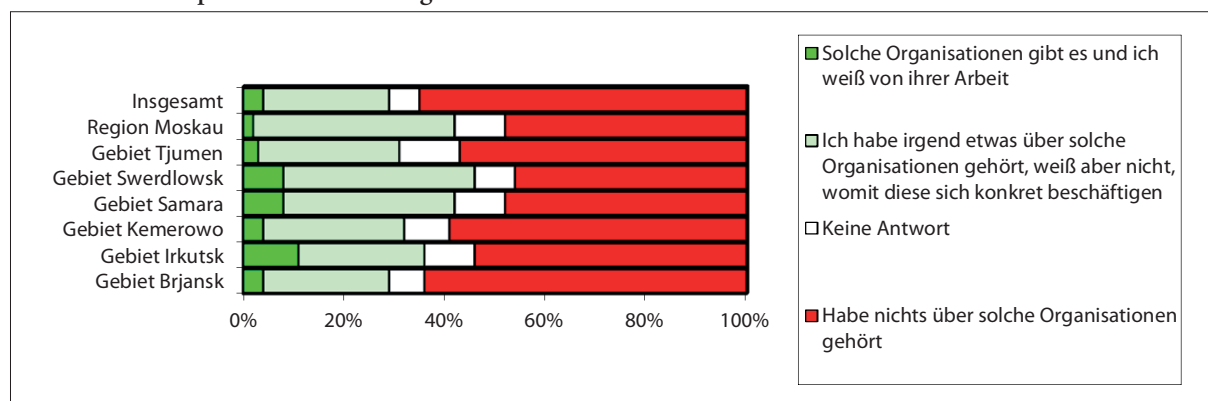
Quelle: *Umfragen der Stiftung Öffentliche Meinung (FOM): Ekologitscheskaja obstanowka w Rossii (Umweltzustand in Russland)*, vom 02.–03.04.2011, N = 1500. Veröffentlicht am 07.04.2011 unter: <<http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom1114/d111411>>

Grafik 18: Macht Ihnen persönlich der Umweltzustand in ihrer Region Sorgen oder nicht?



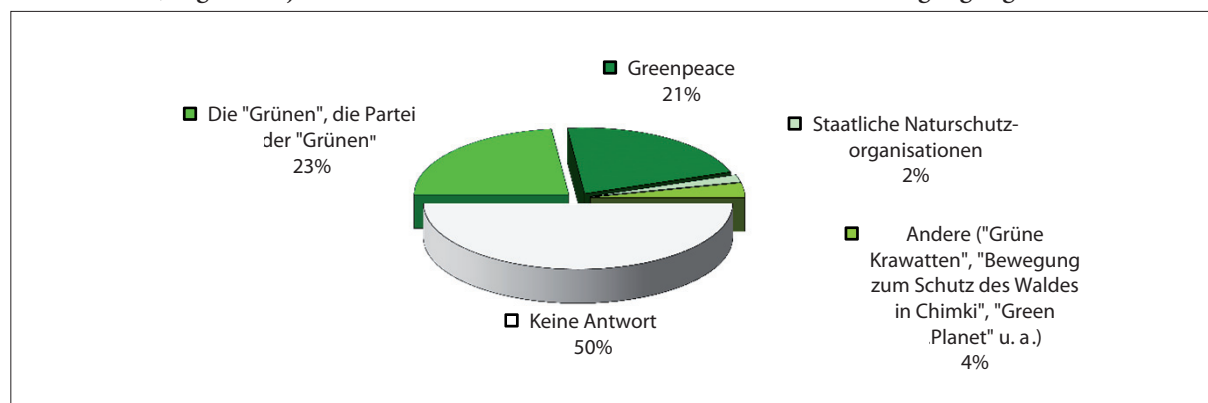
Quelle: Umfragen der Stiftung Öffentliche Meinung (FOM): *Ekologitscheskaja obstanowka w Rossii (Umweltzustand in Russland)*, vom 02.–03.04.2011, N = 1500. Veröffentlicht am 07.04.2011 unter: <<http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom1114/d111411>>

Grafik 19: Gibt es in Ihrer Stadt (Ihrem Rayon) gesellschaftliche Organisationen, die sich die Lösung von Umweltproblemen zum Ziel gesetzt haben?



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 11.–12.12.2010, N = 1600. Veröffentlicht am 20.01.2011 unter: <<http://old.wciom.ru/novosti/press-vypuski/press-vypusk/single/111285.html>>

Grafik 20: Welche Umweltorganisationen und Bewegungen in Russland kennen Sie, haben von diesen gehört? (Frage an all jene, die nicht zum ersten Mal von der Existenz solcher Bewegungen gehört haben – 55 %)



Quelle: Umfragen der Stiftung Öffentliche Meinung vom 14.–15.05.2011, N = 1500. Veröffentlicht am 26.05.2011 unter: <<http://bd.fom.ru/report/map/projects/dominant/dom1121/d112111>>

CHRONIK

13. – 27. März 2014

13.03.2014	Präsident Wladimir Putin beruft kurzfristige eine Sitzung des russischen Sicherheitsrates ein. Im Zentrum steht die Situation in der Ukraine sowie die Zusammenarbeit mit den Ländern Mittelamerikas und der Karibik.
13.03.2014	Das belorussische Verteidigungsministerium gibt bekannt, dass Russland sechs Kampfflugzeuge vom Typ Su-27 und drei Transportflugzeuge des westlichen Militärbezirks auf dem belorussischen Militärflughafen Babrujsk stationiert hat. Diese nehmen an gemeinsamen Übungen für ein einheitliches regionales Luftabwehrsystem teil.
13.03.2014	Die Internetseite des russischen staatlichen TV-Senders »Erster Kanal« wird durch Hacker-Angriffe blockiert.
13.03.2014	Auf einer außerordentlichen Aktionärsversammlung des Medienunternehmens »Afscha-Rambler-SUP« wird Andrej Solomennik, Finanzdirektor und Generaldirektor der Unternehmensprojekte, zum neuen Generaldirektor des Nachrichtenportals »Lenta.ru« gewählt. Seine Vorgängerin Julia Minder wird entlassen. Am Vortag hatte der Besitzer der Medienholding, Alexander Mamut, Galina Timtschenko, seit 2004 Chefredakteurin von Lenta.ru, entlassen und Alexej Goreslawskij zu ihrem Nachfolger ernannt. Nach der ersten Redaktionssitzung mit Goreslawskij kündigen 39 Mitarbeiter.
13.03.2014	Der Russische Dienst zur Aufsicht über die Massenmedien »Roskomnadsor« setzt auf Anordnung der Generalstaatsanwaltschaft eine Reihe von Internetseiten auf den Index, da dort zu rechtswidrigen Handlungen und zur Teilnahme an Massenaaktionen unter Verletzung geltender Gesetze aufgerufen werde. Betroffen sind die Informationsplattform »Grani.ru«, die Seite des Schachweltmeisters und Oppositionspolitikers Garry Kasparow »Kasparov.ru« sowie das Plattform »Eshednewnyj Shurnal« (ej.ru). Einer weiteren Anordnung der Staatsanwaltschaft zufolge soll der Blogs des Oppositionsaktivisten Alexej Nawalnyj bei »Livejournal« und auf der Webseite des Radiosenders »Echo Moskvj« gesperrt werden.
14.03.2014	Russland stellt seine Lebensmittelimporte über die litauische Hafenstadt Kleipeda (Memel) ein.
14.03.2014	Mehrere russische Künstler, darunter Boris Akunin, Ljudmila Ulizkaja und Dmitrij Bykow rufen zur Durchführung eines Kongresses der Intelligencija »Gegen Krieg, gegen eine Selbstisolierung Russlands, gegen eine Restauration des Totalitarismus« auf. Sie kritisieren zudem den Unterstützungs-Aufruf russischer Kulturschaffender für die Position der Regierung zur Krim und zur Lage der Ukraine.
14.03.2014	»Livejournal« schränkt den Zugriff auf den Blog des Oppositionsaktivisten Alexej Nawalnyj (< http://navalny.livejournal.ru >) ein. Der Blog bleibt unter der .com-Domain erreichbar. Die Seite des Radiosenders »Echo-Moskvy« wird nach Sperrung von Nawalnyjs Blog auf deren Seiten wieder vom »Roskomnadsor«-Index genommen.
14.03.2014	Das russische Strafverfolgungskomitee eröffnet ein Strafverfahren gegen Oleg Tjanybok, den Vorsitzenden der Ukrainischen Partei »Swoboda« (Freiheit) sowie gegen mehrere Mitglieder der »Ukrainischen Nationalversammlung – Ukrainische Nationale Selbstverteidigung« (UNA-UNSO). Den Angeklagten wird die Bildung einer bewaffneten Bande vorgeworfen.
14.03.2014	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew ernennt Sergej Pospelow zum neuen Leiter der Föderalen Agentur für Jugendangelegenheiten »Rosmolodjosh«. Pospelow (geb. 1980) war seit Juni 2012 Vorsitzender der »Jungen Garde« von »Einiges Russland« in Moskau und ist Mitglied im Generalrat der Regierungspartei.
15.03.2014	Sergej Donskoj, Minister für Naturressourcen und Ökologie, gibt bekannt, dass die UN-Kommission für Festlegung der Grenzen des Kontinentalschelfs ein Gebiet von 52.000 km ² im Ochozkischen Meer als Teil des russischen Kontinentalschelfs anerkannt hat.
15.03.2014	Auf dem Moskauer Boulevard-Ring und dem Sacharow-Prospekt findet ein »Friedensmarsch« statt. Auf der Abschlusskundgebung sprechen russische Oppositionsaktivisten und Aktivisten des Kiewer »Euromajdan«. Rund 50.000 Personen nehmen an der Demonstration teil. Staatliche Medien nennen die Aktion »Gegen den Beitritt der Krim zu Russland«, die Moskauer Polizeibehörden zählen 3.000 Teilnehmer.
15.03.2014	In Moskau versammeln sich offiziellen Angaben zufolge 15.000 Personen zu einem Marsch »Zur Unterstützung der Krim und gegen Faschismus«. Die Teilnehmer unterstützen die staatliche russische Politik gegenüber der Ukraine. An einer ähnlichen Versammlung nehmen in Tambow offiziell rund 5.000 Personen teil.
15.03.2014	Das belorussische Verteidigungsministerium gibt die Stationierung eines russischen A-50-Flugzeugs zur Radar-Frühwarnung auf dem Flughafen Baranawitschy bekannt.
15.03.2014	Russland legt im UN-Sicherheitsrat ein Veto gegen eine Resolution ein, in der das Referendum auf der Krim verurteilt wird und die UN-Mitgliedsstaaten aufgefordert werden, das Ergebnis nicht anzuerkennen. China enthält sich bei der Abstimmung.

16.03.2014	Eine Proton-M-Trägerrakete, die in den Morgenstunden vom Kosmodrom Bajkonur in Kasachstan startete, bringt zwei russische Nachrichtensatelliten der Serie »Ekspress AT« erfolgreich in die Erdumlaufbahn.
16.03.2014	Auf der Krim wird ein Referendum zum Status der ukrainischen Halbinsel durchgeführt. Die Wähler können sich zwischen einem Beitritt der Krim zu Russland und einer Rückkehr zur Verfassung von 1992 entscheiden, die eine weitgehende Autonomie der Krim festgelegt hatte.
16.03.2014	In Sotschi werden die XI. Paralympischen Winterspiele mit einer feierlichen Abschlusszeremonie beendet. Russland gewinnt 80 von 216 Medaillen.
17.03.2014	Im Gumbetowskij-Rayon (Dagestan) wird eine groß angelegte Anti-Terror-Operation durchgeführt, in deren Verlauf zwei mutmaßliche Untergrundkämpfer getötet werden.
17.03.2014	Auf der Krim wird das offizielle Endergebnis des Referendums vom Vortag bekannt gegeben. Danach haben 96,77 % der Wähler für einen Beitritt der Krim zu Russland gestimmt, 2,51 % für eine Ausweitung der Autonomie als Teil der Ukraine und 0,72 % der Stimmzettel sind ungültig. Die Wahlbeteiligung beträgt offiziell 82,71 %. Der Oberste Sowjet der autonomen Republik Krim erklärt die Krim für unabhängig und fordert die UN und alle Staaten auf, die Unabhängigkeit der Krim anzuerkennen. Das Parlament richtet gleichzeitig eine Anfrage an die Russische Föderation, die Republik Krim als Föderationssubjekt aufzunehmen.
17.03.2014	Das Parlament der autonomen Republik Krim erklärt den Russischen Rubel zur offiziellen Währung der unabhängigen Republik. Außerdem werde die Krim ab dem 30. März in die Moskauer Zeitzone übergehen.
17.03.2014	Das Parlament der Krim nationalisiert das Eigentum von »Tschernomorneftegaz« (ukrainischer Staatskonzern zur Erkundung, Förderung, Transport und Lagerung von Öl und Gas im ukrainischen Schwarzmeeresektor) auf dem Territorium der Krim, das Gaspipelinennetz von »Ukrtransgas« (ukrainischer Gasnetzbetreiber) auf der Krim sowie ein Umladeterminale für Ölprodukte in Feodosija (FPONP). Diese werden dem Ministerium für Treibstoff und Energie der Republik Krim unterstellt.
17.03.2014	Der Rat der Europäischen Union verabschiedet Sanktionen gegen 21 russische und ukrainische Amtspersonen, die durch ihr Handeln die territoriale Integrität der Ukraine gefährden. US-Präsident Barack Obama unterzeichnet einen Erlass, der gegen hochrangige russische Politiker Visa- und Finanzsanktionen verhängt.
17.03.2014	Präsident Wladimir Putin unterzeichnet einen Erlass, in dem er die Krim als souveränen und unabhängigen Staat anerkennt und rät die Krim als russisches Föderationssubjekt aufzunehmen.
18.03.2014	Kanada verabschiedet analog zu den USA und zur EU Visa- und Wirtschaftssanktionen gegen Entscheidungsträger in Russland und auf der Krim. Zudem werden die militärische Zusammenarbeit und die Tätigkeit der zwischenstaatlichen Wirtschaftskommission eingestellt. Auch Lettland verabschiedet entsprechende Sanktionen.
18.03.2014	Die russische Zentralbank entzieht den Banken »Strojkredit«, »S Bank«, »Russische Agrarbank« und »Migom« die Lizenz.
18.03.2014	Präsident Wladimir Putin entlässt Wasilij Jurtschenko, seit 2010 Gouverneur im Gebiet Nowosibirsk, und ernennt Wladimir Gorodezkij, bis März 13 Jahre lang Bürgermeister von Nowosibirsk, zum kommissarischen Nachfolger.
18.03.2014	Auf der Internetseite des islamischen Widerstands im Nordkaukasus wird der »Märtyrertod von Emir Doku Abu Usman«, Kampfname Doku Umarow, dem selbsternannten Anführer des Kaukasus-Emirats, bekannt gegeben. Scheich Ali Abu Muchammad wird zu dessen Nachfolger benannt.
18.03.2014	Die russische Staatsduma verabschiedet einstimmig eine Erklärung »Zur Situation auf der Krim«, in der der Wunsch eines Beitritts der Krim zu Russland unterstützt wird. Außerdem verabschiedet sie einstimmig eine Erklärung, in der US-Präsident Barack Obama und die EU aufgefordert werden, die Sanktionen auf alle 353 Abgeordneten auszuweiten.
18.03.2014	Die russische Staatsduma wählt Ella Pamfilowa zur Menschenrechtsbeauftragten der Russischen Föderation. Pamfilowa wird als einzige Kandidatin im geheimen Wahlgang von 344 Abgeordneten unterstützt.
18.03.2014	Die staatliche Informationsagentur ITAR-TASS beschließt auf einer Sitzung des Organisationskomitees zur Vorbereitung des 110. Jubiläums der Agentur einstimmig, den sowjetischen Namen TASS (Telegrafagentur der Sowjetunion) wieder einzuführen. Eine abschließende Entscheidung wird nach der Bestätigung der Umbenennung durch die russische Regierung getroffen.
18.03.2014	Präsident Putin ernennt Wladislaw Menschitschikow zum Leiter der »Hauptabteilung für Spezialprogramme« beim russischen Präsidenten. Menschitschikow (geb. 1959) war zuvor seit 2003 Generaldirektor des staatlichen Rüstungskonzerns »Almas Antej«.

18.03.2014	Präsident Wladimir Putin wendet sich in einer Rede vor der Föderalversammlung an die Abgeordneten der Staatsduma und des Föderationsrates und bittet sie, das Beitrittsge suchs der Krim als Föderationssubjekt Russlands positiv zu bescheiden.
18.03.2014	Im Anschluss an die Rede unterzeichnen Putin, der Ministerpräsident der Republik Krim Sergej Aksjonow, der Parlamentsvorsitzende Wladimir Konstantinow sowie der Vorsitzende des Koordinationsrates zur Organisation der Stadtverwaltung von Sewastopol, Alexej Tschalo, einen Beitrittsvertrag der Krim zu Russland. Die Russische Föderation wird damit um zwei Föderationssubjekte, die Republik Krim und die Stadt Sewastopol, erweitert.
18.03.2014	Auf dem Roten Platz in Moskau findet eine Feier zum Beitritt der Krim zu Russland unter dem Motto »Wir sind zusammen« statt. Präsident Wladimir Putin nimmt an den Feierlichkeiten teil. Die Moskauer Polizei spricht von 110.000 Teilnehmern. Insgesamt haben nach Angaben des Innenministeriums russlandweit 600.000 Personen an entsprechenden Feiern teilgenommen.
19.03.2014	Das Ukrainische Außenministerium händigt dem provisorischen russischen Amtsträger in der Ukraine eine Protestnote bezüglich der Krim aus. Zudem tritt die Ukraine vom diesjährigen GUS-Vorsitz zurück. Der Sekretär des ukrainischen Sicherheits- und Verteidigungsrates Andrej Parubij gibt bekannt, dass die Ukraine die Austritts-prozedur aus der GUS eingeleitet habe. Parubij weist zudem das Außenministerium an, ein Visaregime gegen-über Russland einzuführen.
19.03.2014	Unweit einer Kaserne bei Simferopol (Krim) kommt es zu einem Schusswechsel. Unbekannte töten einen ukrainischen Soldaten und einen Kämpfer der Selbstverteidigungstruppen. Demonstranten besetzen das Hauptquar-tier der ukrainischen Kriegsmarine in Sewastopol und hissen die russische Flagge. Zwischen den Befehlshabern der russischen und der ukrainischen Marine finden Verhandlungen statt. Der Oberbefehlshaber der ukrainischen Flotte Sergej Gajduk wird im Anschluss von der Staatsanwaltschaft in Sewastopol festgenommen.
19.03.2014	Präsident Wladimir Putin weist das Arbeitsministerium an, die Renten der Bewohner auf der Krim in kürzester Zeit auf russisches Niveau anzuheben. Dem Vorsitzenden der Föderalen Migrationsbehörde Konstantin Romo-danowskij zufolge beginnt die Aushändigung russischer Pässe auf der Krim.
19.03.2014	Das russische Verfassungsgericht erkennt den Beitrittsvertrag der Krim zu Russland als verfassungskonform an. Präsident Putin legt den Vertrag der Staatsduma zur Ratifizierung vor, die ihn mit 433 Stimmen bei einer Gegenstimme verabschiedet.
19.03.2014	Das Oberste Gericht hebt ein Urteil des Moskauer Stadtgerichts auf, das im Oktober 2013 der Informations-agentur »Rosbalt« die Lizenz als Medieninstitution entzogen hatte.
20.03.2014	Der russische Verteidigungsminister Sergej Schojgu bittet die Republikführung der Krim, den Kommandeur der ukrainischen Kriegsflotte Konteradmiral Sergej Gajduk freizulassen und in die Ukraine ausreisen zu lassen. Dieser Bitte wird wenig später entsprochen.
20.03.2014	Das für April in Nowosibirsk angesetzte Konzert der ukrainischen Rockgruppe »Okean Elzi« wird um ein bis zwei Monate verschoben. Die Musikgruppe meldet auf ihrer Homepage, dass alle Konzerte in zehn Städten Russ-lands abgesagt oder auf unbestimmte Zeit verschoben wurden.
20.03.2014	Olga Golodez, Stellvertretende Ministerpräsidentin für den Sozialbereich, gibt bekannt, dass die Renten zum 1. April um durchschnittlich 8 % steigen werden.
20.03.2014	Präsident Wladimir Putin empfängt den UN-Generalsekretär Ban Ki-moon im Kreml. Dieser war zuvor mit Außenminister Sergej Lawrow zusammengetroffen. Im Zentrum der Gespräche steht die Situation in der Ukraine. Ban Ki-moon äußert seine tiefe Sorge über die Situation in der Ukraine und in Russland.
20.03.2014	Die russische Staatsduma ratifiziert den Beitrittsvertrag der Krim zu Russland.
20.03.2014	US-Präsident Barack Obama gibt in einer Rede die Ausweitung der Sanktionen gegen russische Entschei-dungsträger und Schlüsselsektoren der russischen Wirtschaft bekannt. Darunter fallen nun auch Organisationen, die die russische Regierung materiell unterstützen, etwa die »Bank Rossija«.
20.03.2014	In Reaktion auf die verschärften Sanktionen der USA verhängt das russische Außenministerium Einreisesper-ren gegen neun amerikanische Entscheidungsträger.
20.03.2014	Die Ratingagentur »Standard and Poors« bewertet in einem Ausblick die Kreditwürdigkeit Russlands negativ und warnt damit vor einer Absenkung des Ratings. S&P prognostiziert zudem einen Kapitalabfluss aus Russland von etwas 60 Mrd. US-Dollar im ersten Quartal 2014. Das entspräche dem gesamten Kapitalabfluss im Jahr 2013.
20.– 21.03.2014	Michail Dmitrijew, der wissenschaftliche Leiter des »Zentrums für strategische Ausarbeitungen« (CSR) wird in der Vorortbahn von Unbekannten überfallen, die seinen Computer rauben. Dmitrijew wird mit einer Gehirner-schütterung und Prellungen in ein Krankenhaus eingeliefert.

21.03.2014	Die Europäische Union erweitert die Sanktionsliste gegen Russische und Ukrainische Staatsbürger, die nun 33 Personen umfasst. Der Präsident des Europäischen Rates Herman Van Rompuy gibt die Absage des Russland-EU Gipfels bekannt, der am 3. Juni in Sotschi geplant war. Die Mitgliedsstaaten der EU sagen ihre bilateralen Treffen mit Russland ab. Die EU teilt mit, dass sie den Beitritt Russlands zur OECD und zur IEA blockieren wird. Gleichzeitig sollen von Mai bis voraussichtlich 1. November keine Einfuhrzölle auf ukrainische Waren erhoben werden.
21.03.2014	Die Ratingagentur Fitch senkt den Ausblick auf die Kreditwürdigkeit Russlands von stabil auf negativ ab.
21.03.2014	Das russische Strafverfolgungskomitee eröffnet ein Strafverfahren gegen Dmitrij Kortschinskij, den Vorsitzenden der nationalistischen Bewegung »Bruderschaft« in der Ukraine. Kortschinskij habe zur Entfesselung eines aggressiven Krieges und zu Terrorismus aufgerufen.
21.03.2014	Der Ministerpräsident der Ukraine Arsenij Jazenjuk unterzeichnet in Brüssel den politischen Teil des Assoziierungsabkommens mit der EU. Der Wirtschaftsteil soll nach weiteren Verhandlungen folgen.
21.03.2014	Präsident Wladimir Putin hält eine Sitzung mit den ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates ab. Im Zentrum stehen die Lage in der Ukraine und auf der Krim, die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen und die Sanktionen gegen Russland.
21.03.2014	Wladimir Putin eröffnet ein Bankkonto bei der Bank »Rossija«, auf welches in Zukunft sein Gehalt überwiesen wird. Gegen die Bank waren am Vortag von den USA Sanktionen verhängt worden.
21.03.2014	Der Föderationsrat ratifiziert den Beitrittsvertrag der Krim zu Russland einstimmig. Die Senatoren verabschieden zudem eine Erklärung, in der sie die Sanktionen von USA und EU als »präzedenzlosen Akt politischer Erpressung und Bestrafung Russlands für einen unabhängigen außenpolitischen Kurs« bewerten.
21.03.2014	Präsident Wladimir Putin nimmt an einer Kollegiumssitzung des Innenministeriums teil und ruft die Mitarbeiter der Behörde dazu auf, extremistische Erscheinungen zu unterbinden und bei der Terrorismusbekämpfung aktiver mit anderen Behörden zusammen zu arbeiten.
21.03.2014	Wladimir Putin unterzeichnet den Vertrag über den Beitritt der Krim und Sewastopols zu Russland. Per Erlass ernennt er zudem Oleg Belawinzew zu seinem bevollmächtigten Vertreter im neu gegründeten Föderalbezirk Krim. Per Erlass finden am Abend Feuerwerke in Moskau, Simferopol und Sewastopol statt.
21.03.2014	Margarita Simonjan, die Chefredakteurin der Internationalen Informationsagentur »Russland Heute«, gibt bekannt, dass aus der Konkursmasse von »Ria-Nowosti« (auf deren Basis »Russland Heute« errichtet wird) die Agentur »Prajm« (Prime) an »ITAR-TASS« übergeht, die Agentur für Justiz- und Gerichtsinformationen (RAPSI) wird eine unabhängige Organisation und muss sich um eigenständige Finanzierung kümmern.
21.03.2014	Die Staatsduma verabschiedet in dritter Lesung ein Gesetz, das Bonus-Zahlungen für Top-Manager in Staatskonzernen auf drei durchschnittliche Monatslöhne begrenzt.
22.03.2014	Kanada erweitert seine Sanktionsliste gegenüber Russland analog zu den USA und zur EU. Auch Island verabschiedet eine analoge Liste an Sanktionen gegenüber Russland.
22.03.2014	Natalja Nikischina, Richterin im »Bolotnaja-Verfahren«, wird nach Drohungen gegen sie unter Polizeischutz gestellt.
22.03.2014	Igor Setschin, Präsident des staatlichen Ölkonzerns »Rosneft«, wird in Vietnam von Staatspräsident Truong Tan Sang empfangen. Im Zentrum des Gesprächs steht eine Erweiterung der Zusammenarbeit, darunter langfristige Öllieferungen. Mit Ministerpräsident Nguyen Tan Dung bespricht Setschin perspektivreiche Projekte zur Treibstofflieferung und Rohstoffförderung im Schelf vor Vietnam.
22.03.2014	Im Rayon Nazran (Inguschetien) werden bei einer Spezialoperation zwei mutmaßliche Untergrundkämpfer durch Sicherheitskräfte getötet.
22.03.2014	Das russische Außenministerium veröffentlicht eine offizielle Erklärung zur Entsendung einer OSZE-Beobachtermission in die Ukraine. Das Mandat der Mission erstreckte sich nicht auf die Krim und Sewastopol, die von Russland nicht mehr als Teil der Ukraine angesehen werden. Die maximal 500 Beobachter könnten »eine Überwindung der innerukrainischen Krise, ein Ende der Exzesse des nationalistischen Bandentums, eine Ausrottung ultraradikaler Tendenzen und eine nationale Versöhnung erzielen«.
22.03.2014	Das einzige U-Boot der ukrainischen Marine wird von der russischen Schwarzmeerflotte übernommen. Die Gegner einer Übernahme, darunter der Kapitän des U-Boots, hatten das Boot verlassen. Die russische Schwarzmeerflotte verfügt somit über vier U-Boote.

22.03.2014	Prorussische bewaffnete Einheiten ohne Hoheitszeichen besetzen unter Einsatz gepanzerter Fahrzeuge den ukrainischen Militärflughafen Belbek in Sewastopol. Mindestens ein ukrainischer Soldat wird verletzt. Julij Mamtschur, Kommandeur des Flughafens, wird zum Verhör abgeführt.
23.03.2014	Präsident Wladimir Putin unterzeichnet eine Anweisung, in der er mehrere Minister und Leiter von Föderalbehörden auffordert, bis zum 29. März auf der Krim territoriale Organe der Exekutive und deren Unterabteilungen einzurichten.
23.03.2014	Auf dem Kriegsschiff der Ukrainischen Marine »Slawutin« wird die russische Flagge gehisst. Das russische Verteidigungsministerium gibt bekannt, dass 189 Einheiten und Einrichtungen der ukrainischen Streitkräfte auf dem Gebiet der Krim unter die russische Flagge übergetreten seien. Kiew ordnet derweil den Rückzug ukrainischer Einheiten aus der Krim an.
23.03.2014	Der belorussische Präsident Alexander Lukaschenka erklärt in einem Interview mit »Ria-Nowosti«, dass Belarus <i>de facto</i> die Krim als Teil Russlands anerkenne.
23.03.2014	Anatolij Antonow, Stellvertretender russischer Verteidigungsminister, dementiert eine Konzentration russischer Streitkräfte an der Grenze zur Ukraine sowie entsprechende Pläne. Er erklärt zudem, die Entscheidung Deutschlands zur Einstellung der militärischen Zusammenarbeit mit Russland wäre unter Druck getroffen worden und sei unkonstruktiv. Die Bundesregierung hatte zuvor erklärt, dass vor dem Hintergrund der Situation in der Ukraine die militärische Zusammenarbeit mit Russland vorläufig eingestellt werde.
23.03.2014	In Grosnyj, der Hauptstadt der Republik Tschetschenien, versammeln sich offiziellen Angaben zufolge 30.000 Menschen auf einer Konzertveranstaltung, um den Bewohnern der Krim ihre Unterstützung auszudrücken. Ramzan Kadyrow, Oberhaupt der Republik Tschetschenien, eröffnet derweil im Dorf Abu-Gosh unweit von Jerusalem eine Moschee, die den Namen seines Vaters und ersten Republikpräsidenten (Achmat Kadyrow) trägt. Die Moschee (sechs von rund zehn Millionen US-Dollar Baukosten wurden von Tschetschenien übernommen) ist nun eine der größten Moscheen im Nahen Osten. Die Einwohner von Abu-Gosh sind mehrheitlich Nachfahren von Einwanderern aus dem Kaukasus.
24.03.2014	Rustam Temirgalijew, Stellvertretender Ministerpräsident der Krim, gibt eine Halbierung der Stromlieferung der Ukraine an die Krim bekannt. In mehreren Regionen sowie in Simferopol wird die Elektrizität teilweise abgeschaltet. Der amtierende ukrainische Außenminister Andrej Deschtschiza erklärt am Abend, dass die Ukraine die Strom- und Wasserlieferungen an die Krim nicht einstellen werde.
24.03.2014	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew weist die russische Regierung an, Steuerermäßigungen für Unternehmen auf der Krim auszuarbeiten, die unter russische Jurisdiktion wechseln. Die Krim könnte, Medwedew zufolge, eine Sonderwirtschaftszone werden.
24.03.2014	Konteradmiral Denis Beresowskij, Ex-Befehlshaber der ukrainischen Kriegsflotte, wird vom russischen Verteidigungsminister Sergej Schojgu zum stellvertretenden Befehlshaber der russischen Schwarzmeerflotte ernannt. Der ukrainische Interimspräsident Alexander Turtshynow unterzeichnet einen Erlass zum Abzug der ukrainischen Streitkräfte von der Krim und aus Sewastopol.
24.03.2014	Präsident Wladimir Putin zeichnet im Kreml Entscheidungsträger der Olympischen Spiele in Sotschi mit Orden aus. Einer derjenigen, die ausgezeichnet wurden, der stellvertretende Ministerpräsident Dmitrij Kosak, gibt bekannt, dass die Olympiade in Sotschi einen Gewinn von 1,5 Mrd. Rubel (ca. € 30,5 Mio.) erwirtschaftet habe.
24.03.2014	Die Leitung des Moskauer Staatlichen Instituts für Internationale Beziehungen (MGIMO) entlässt Prof. Andrej Subow. Subow hatte in Publikationen und Interviews zu den Ereignissen in der Ukraine und zur russischen Außenpolitik kritisch Stellung bezogen.
24.03.2014	Präsident Wladimir Putin unterzeichnet einen Erlass zur Wiedereinführung der Wehrsporterziehung »Bereit zu Arbeit und Verteidigung« (GTO). Die programmatischen und inhaltlichen Grundlagen für die Sporterziehung sollen bis zum 1. September ausgearbeitet werden.
24.03.2014	Das russische Außenministerium verhängt Einreisesperren gegen 13 kanadische Staatsbürger.
24.03.2014	Bei einer Verkehrskontrolle durch Polizisten in Chasawjurt (Dagestan) werden bei einem Schusswechsel vier Untergrundkämpfer, unter ihnen der mutmaßliche Anführer von Babajurt, erschossen.
24.– 25.03.2014	Die Staats- und Regierungschefs der G7-Staaten vereinbaren auf einem Treffen in Den Haag, weitere Sanktionen gegen Russland zu verhängen, sollte Russland die Situation in der Ukraine weiter eskalieren lassen.
25.03.2014	Sergej Martynow wird zum Leiter des Verwaltungsapparats des russischen Föderationsrats ernannt. Martynow arbeitete zuvor im Apparat des Präsidentenvertreters im Föderalbezirk Nord-West und war Mitarbeiter des Inlandsgeheimdienstes FSB.

25.03.2014	Wladimir Putschkow, Leiter des russischen Katastrophenschutzministeriums, gibt in Sewastopol bekannt, dass sein Ministerium 1.400 mobile Elektrogeneratoren auf die Krim gebracht habe, um wichtige Objekte mit Strom zu versorgen.
25.03.2014	Armee general Dmitrij Bulgakow, stellvertretender russischer Verteidigungsminister Russlands, und Gennadij Worobjow, erster stellvertretender Leiter des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte, führen Gespräche über den Abzug von ukrainischen Streitkräften, Waffen und Militärtechnik von der Krim.
25.03.2014	Bei einer Spezialoperation von Sicherheitskräften im Rayon Chasawjurt (Dagestan) werden vier Untergrundkämpfer und ein Soldat der Sondereinheiten getötet. Zwei weitere Soldaten werden bei dem Einsatz verletzt.
25.03.2014	Eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte im Falle dreier Tschetschenen, die im Jahr 2000 verschwunden waren, tritt in Kraft. Das Gericht verurteilt Russland zur Zahlung von 12.000 Euro Kompensation für den materiellen Schaden und 180.000 Euro Kompensation auf Grund des moralischen Schadens der Hinterbliebenen.
25.03.2014	Norwegen stellt die Militärzusammenarbeit mit Russland bis Ende Mai ein.
26.03.2014	Eine Sojus-Rakete startet vom Weltraumbahnhof Bajkonur zur Internationalen Raumstation ISS.
26.03.2014	Die russische Zentralbank entzieht den Banken »Moj Bank. Ipoteka«, »Sberinvestbank« und dem Kreditinstitut »Verrechnungsstelle »Energobiznes« die Lizenz.
26.03.2014	Armee general Walerij Gerasimow, der Chef des Generalstabs der russischen Streitkräfte, gibt bekannt, dass nunmehr allen 193 Truppeneinheiten auf der Krim unter russischer Kontrolle sind.
26.03.2014	Olga Kowitidi und Sergej Zekow werden für die Republik Krim in den Föderationsrat der Russländischen Föderation entsandt.
26.03.2014	Präsident Wladimir Putin unterzeichnet einen Erlass, dem zufolge der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) Thomas Bach und weitere Ausländer staatliche Auszeichnungen für ihren Beitrag zur Entwicklung der internationalen olympischen Bewegung und die Vorbereitungen der russischen Sportler auf die Olympiade erhalten. Thomas Bach erhält den Ehrenorden.
26.03.2014	Der russische »Erste Kanal« ruft die ukrainische Staatsmacht und die Regulierungsbehörde dazu auf, die Ausstrahlung des russischen Staatssenders in der Ukraine wieder freizugeben. Ein ukrainisches Gericht hatte zuvor die Ausstrahlung untersagt.
27.03.2014	Abduraschid Magomedow, der dagestanische Innenminister, gibt bekannt, dass im Jahr 2013 in Dagestan 167 Untergrundkämpfer, darunter 10 Anführer, getötet wurden. Weitere 27 Kämpfer hätten sich ergeben, 213 seien festgenommen und verurteilt worden. Dem stehen 92 getötete und 176 verletzte Polizisten sowie 12 getötete und 73 verletzte Zivilisten gegenüber.
27.03.2014	Der Staatsrat der Krim veröffentlicht eine Liste von 320 Personen, deren Einreise auf die Halbinsel verboten wird. Darunter sind viele ukrainische Politiker und Entscheidungsträger.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Russland-Analysen werden von der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung und von Mangold Consulting GmbH unterstützt.



Alfred Krupp von Bohlen
und Halbach Stiftung

MANGOLD
Consulting

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur: Hans-Henning Schröder

Recherche, Übersetzungen und Sprachredaktion: Christoph Laug, Hartmut Schröder

Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2014 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Twitter

<https://twitter.com/laenderanalysen>